



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. November 1992
12. Jahrgang, S. 310–343
ISSN 0177-1868

11

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	310
Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG	311
– Klarstellung der BGH-Rechtsprechung oder erste Rechtsprechungsänderung 1992?	
– Verjährungsbeginn	
– Anmerkung	
(BGH, Urt.v. 2.7.1992 – IX ZR 268/91)	
Verjährung des Schadenersatzanspruchs	320
– Anwaltshaftung, § 51 BRAO	
– Schadenentstehung, künftiger Schaden, Vermögensgefährdung	
– Verjährungsbeginn	
(BGH, Urt.v. 9.7.1992 – IX ZR 50/91)	
Amtspflichtverletzung	324
– Mitteilung des Versteigerungstermins an Dritte	
– Versteigerung unter Verkehrswert	
– Leiter der Vollstreckungsabteilung	
(OLG Düsseldorf, Urt.v. 21.5.1992 – 18 U 248/91)	
Verhinderung der Zwangsversteigerung	330
– Terminsnachricht	
– Grundurteil, Schaden	
(OLG Celle, Urt.v. 19.2.1992 – 3 U 92/91)	
Beratungsfehler d. Steuerberaters	333
– DBA Italien (aF)	
– GmbH-Geschäftsführer	
(OLG Hamm, Urt.v. 8.1.1992 – 25 U 45/91)	
GI Hinweise	336

GI Leitsätze

Kapitalanlage / Erkennbar spekulative Vorhersagen

Zur Frage der Haftung von Kapitalanlegern, die sich über eine Treuhandkommanditistin mittelbar an einer Publikumskommanditgesellschaft beteiligten, wenn die Beteiligung davon abhängig ist, daß bestimmte sog. Mittelfreigabekriterien erfüllt sind.

Beruhet die Rentabilität einer Kapitalanlage auf einer im Prospekt ausgewiesenen Prognose, von der **erkennbar** niemand vorhersagen kann, ob, wann und in welchem Umfang sie eintritt, so übernimmt der Anleger dieses Risiko mit seinem Beitritt.
(BGH Urt.v. 24. 2. 1992 – II ZR 89/91 – RPK U 1.172/92)

Prüfungspflicht aufgrund Satzung / Mißbrauch des Stimmrechts

1. Ist der Jahresabschluß einer GmbH nicht kraft Gesetzes, sondern nur aufgrund der Satzung von einem Abschlußprüfer zu prüfen, so sind für die Bestellung des Prüfers und zur Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Prüfer und Gesellschaft nicht die Gerichte zuständig.
2. Die Gesellschaftermehrheit mißbraucht ihr Stimmrecht, wenn sie gegen den Willen der Mitgesellschafter einen Abschlußprüfer ohne sachlich gerechtfertigten Grund durch einen anderen ersetzt.
(BGH, Urt.v. 23. 9. 1991 – II ZR 189/90 – ZIP 1991, 1427)

Abschlußprüfer / Abberufung / Besorgnis der Befangenheit

Die Beratung eines Auftraggebers in steuerlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten ist mit einer Prüfung durch denselben Wirtschaftsprüfer in der Regel vereinbar, es sei denn, daß er im Einzelfall wegen seiner beratenden Tätigkeit von der Prüfung wegen der Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen ist. Die Erstattung eines Gutachtens für den Hauptgesellschafter, das im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Minderheitsgesellschafter Verwendung finden soll, begründet die Besorgnis der Befangenheit.
(AG Hamburg, Beschl.v. 6. 6. 1991 – 66 HRB 31223 – Wpk Mitt 1992, 40)

Aufklärungspflicht der Bank / Risikoarme Kapitalanlage Bonität des Emittenten / DM-Anleihe

Eine Bank, die ihrem in Anlageangelegenheiten unerfahrenen, eine risikoarme Kapitalanlage anstrebenden Kunden trotz kritischer Berichterstattung hinsichtlich der Bonität des Emittenten ohne weitere Risikoaufklärung eine DM-Anleihe eines ausländischen Unternehmens verkauft, handelt grob fahrlässig. Die Berufung auf ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist ihr daher verwehrt.
(LG Frankfurt, Urt.v. 3. 2. 1992 – 2/21 O 352/91 – RPK U 1.68/92)

Verbot gewerblicher Betätigung / Geschäftsführer einer Handelsgesellschaft

Die Bestellung eines Steuerberaters zum Geschäftsführer einer Handelsgesellschaft zu nur treuhänderischen Zwecken verstößt auch dann gegen das Verbot der gewerblichen Betätigung i. S. § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG, wenn die faktische Geschäftsführung durch Treuhandvertrag dritten Personen übertragen wird.

Die Ausübung unternehmerischer Funktionen als Geschäftsführer birgt außerdem die Gefahr in sich, daß die für seine Berufsausübung notwendige Unabhängigkeit in Frage gestellt wird, wenn er gleichzeitig den Treugeber steuerlich berät.
(LG Stuttgart, Urt.v. 3. 4. 1991 – 14 StL 10/90 – StB 1992, 214)

Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG

- Klarstellung der BGH-Rechtsprechung oder erste Rechtsprechungsänderung 1992?
- Verjährungsbeginn
- Anmerkung

(BGH Urt. v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91)

Leitsatz:

Die Verjährung des Ersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, beginnt regelmäßig frühestens mit Zugang des Bescheides des Finanzamtes. Das gilt auch dann, wenn eine Außenprüfung vorausgegangen ist (Klarstellung zu BGHZ 73, 363).

Leitsätze (d. Verf.):

1. Unkenntnis des Schadens und des Ersatzanspruchs hindern den Verjährungsbeginn nicht.
2. Ist noch offen, ob risikobehaftetes Verhalten des Steuerberaters zu einem Schaden führt, beginnt die Verjährungsfrist des Schadenersatzanspruches noch nicht zu laufen. Die Möglichkeit auf Feststellung der Pflicht zur Leistung künftigen Schadenersatzes zu klagen, genügt für den Verjährungsbeginn nicht (vgl. BGHZ 100, 228, 232).
3. Fehlerhafte Gestaltungsberatung in wirtschaftlichen Angelegenheiten begründet den Schaden des Mandanten (= Verjährungsbeginn) regelmäßig mit Abschluß des Gestaltungsvertrages.
4. In Steuersachen tritt die Vermögenseinbuße erst mit dem Aufgreifen des gestalteten Steuertatbestanden durch die Finanzbehörde ein. Bei Ermessensentscheidungen ist für den Verjährungsbeginn – den Schadeneintritt – nicht auf die Außenprüfung, deren Schlußbesprechung oder den Prüfbericht, sondern den Zugang der nachteiligen Steuerbescheide abzustellen.
5. Der Treuhänder, der die steuerlichen Belange des Bauherrn wahren soll, schließt einen Vertrag im Sinne § 68 StBerG.
6. Die formularmäßige Verjährungsverkürzung im Treuhandvertrag bevorzugt einseitig und unangemessen das Interesse des Treuhänders (§ 9 AGB-Gesetz).

Tatbestand:

Der Kläger verlangt aus abgetretenem Recht seines Vaters D. S. (im folgenden: S.) von der beklagten Steuerberaterin Ersatz des Schadens, der aus dem Verlust einer sogenannten Umsatz-/Mehrwertsteuroption anlässlich des Erwerbs einer Eigentumswohnung im Bauherrenmodell entstanden sein soll.

Gemäß notariellem Vertrag vom 8.6.1984 schlossen Bauherren, unter denen sich S. noch nicht befand, einen „Treuhand- und Geschäftsbesorgungsvertrag“ mit der Beklagten – damals Steuerbevollmächtigte – (Teil A des Vertrages); zugleich erteilten die Bauherren der Beklagten Vollmacht, sie in allen Angelegenheiten zu vertreten, die mit der Abwicklung des Bauobjekts zusammenhingen (Teil C des Vertrages). Nach Teil A Nr. II endet der Vertrag, wenn das gesamte Bauvorhaben mängelfrei abgenommen und den Bauherren gegenüber abgerechnet worden ist. Teil A Nr. VI dieses Vertrages lautet:

Haftung des Treuhänders:

1. Der Treuhandauftrag erstreckt sich ausdrücklich auf den Abschluß der erforderlichen Verträge und die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Bauherren gegenüber dem jeweiligen Vertragspartner. Er haftet nur dafür, daß er die von ihm übernommenen Aufgaben ordnungs- und pflichtgemäß wahrnimmt.
2. Für den Eintritt der vom Bauherrn verfolgten steuerlichen Ziele übernimmt der Treuhänder keine Haftung. Ansprüche gegen den Treuhänder verjähren ein halbes Jahr nach Beendigung des Treuhandvertrages.
3.

In Teil A Nr. VII des Vertrages verpflichtete sich die Beklagte, die Abwicklung des Bauvorhabens auch in steuerlicher Hinsicht einschließlich der Betriebsprüfung zu übernehmen, insbesondere die steuerliche Beratung bezüglich der Einkünfte und der Verluste aus Vermietung und Verpachtung „und bezüglich evtl. Option zur Mehrwertsteuer“ zu erbringen (Nr. VII d).

Durch notariellen Vertrag mit der Beklagten vom 15. 6. 1984 beteiligte sich S. an der Bauherrengemeinschaft. Das Bauvorhaben wurde bis Ende des Jahres 1984 ausgeführt. S. erwarb darin eine Eigentumswohnung. Die Beklagte erteilte ihm am 26.10.1985 die Schlußabrechnung hinsichtlich des Bauvorhabens.

S. meldete – zusätzlich zu seinem bereits ausgeübten Gewerbe betreffend u. a. Hausverwaltung und Einzelhandel – im Oktober 1984 ein Gewerbe zur Vermietung von Wohnungen an. Andere Bauherren überließen S. im November 1984 ihre Wohnungen als Zwischenmieter und -vermieter. Mit Vertrag vom 10.11.1984 vermietete S. seine Eigentumswohnung ab Januar 1985 für fünf Jahre an den Ehemann der Beklagten, der sich mit Immobilien- und Hausverwaltung befaßte; dieser vermietete die Wohnung weiter.

In der Zeit vom 26.8.1985 bis 20.9.1985 führte das Finanzamt eine Betriebsprüfung betreffend die Bauherrengemeinschaft für das Veranlagungsjahr 1984 durch. Im Prüfungsbericht vom 13.12.1985, der der Beklagten als „Zustellungsvertreter“ der Bauherren übersandt wurde, wurde die Einschaltung eines gewerblichen Zwischenmieters und -vermieters durch S. als Gestaltungsmißbrauch gemäß § 42 AO bewertet. Nach diesem Bericht war eine Schlußbesprechung nicht erforderlich, weil der Steuerpflichtige darauf verzichtet habe und die Prüfungsergebnisse mit der Beklagten, die in dem Bericht als steuerliche Beraterin und Treuhänderin der Bauherren bezeichnet wurde, besprochen worden seien.

Durch – nicht vorgelegten – Feststellungsbescheid vom 3.1.1986 oder vom 3.2.1986, der der Beklagten am 4.2.1986 zuging, wurde die Steuerbegünstigung gemäß § 9 UStG aus dem im Prüfbericht genannten Grund versagt. Die Beklagte legte gegen diesen Bescheid am 4.2.1986 Einspruch ein, der im November 1986 zurückgenommen wurde.

Mit anwaltlichem Schreiben vom 22.4.1987 hat S. von der Beklagten wegen falscher Beratung Ersatz des Schadens infolge des Verlustes des Steuervorteils und der Kreditkosten zur Finanzierung des Mehrwertsteuerbetrages in Höhe von insgesamt 26.752,43 DM verlangt.

Diesen – ihm angeblich abgetretenen – Ersatzanspruch hat der Kläger mit der am 3.1.1989 eingegangenen und am 9.1.1989 zugestellten Klage geltend gemacht. Landgericht und Oberlandesgericht haben der Klage den Erfolg versagt. Mit der – zugelassenen – Revision verfolgt der Kläger seine – im Berufungsverfahren auf 16.850,20 DM ermäßigte – Ersatzforderung weiter. – Das Rechtsmittel hat Erfolg. Das Berufungsurteil wird aufgehoben, die Sache wird zurückverwiesen.

Aus den Gründen:

- A. Die Revision rügt zu Recht, daß das Berufungsgericht einen abgetretenen Ersatzanspruch gegen die Beklagte aus dem Treuhandvertrag als verjährt angesehen hat.

I.

Dazu hat es folgendes ausgeführt: Die vertragliche Verjährungsregelung in Teil A Nr. VI 2 des Vertrages müsse sich am AGB-Gesetz messen lassen. S. sei nach den vorliegenden Urkunden dem bereits abschließend formulierten Vertragswerk lediglich beigetreten, so daß die Vertragsbedingungen mit ihm nicht ausgehandelt worden seien. Falls die Klausel wirksam sei, so sei nach Ablauf eines halben Jahres, nachdem der Vertrag mit der Schlußabrechnung vom Oktober 1985 beendet worden sei, die Verjährung eingetreten. Wenn die Verjährungsbestimmung unwirksam sei, so sei ein Ersatzanspruch aus diesem Vertrag gemäß § 68 StBerG verjährt. Im Falle einer Außenprüfung, die zur endgültigen Feststellung der steuerlichen Folgen einer Verletzung der Beratungspflicht führe, beginne die Verjährung mit der Schlußbesprechung, die den Zeitpunkt der Schadenentstehung eindeutig bestimme. Im vorliegenden Falle müsse an die Stelle der fehlenden Schlußbesprechung die Eröffnung der Prüfungsergebnisse oder die spätere Erstellung des Berichtes vom 13.12.1985 treten. Eine Sekundärhaftung entfalle, da der Kläger nicht substantiiert dargelegt habe, daß die Beklagte vor Auftragsende Anlaß gehabt habe, eine Ersatzpflicht zu prüfen., und weil S. während der Verjährungsfrist anwaltlich beraten gewesen sei.

II.

Diese Erwägungen zur Verjährung eines Primäranspruchs halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Der Kläger hat der Beklagten vorgeworfen, sie habe S. im Frühsommer oder Herbst 1984 geraten, ein Gewerbe zur Wohnungsvermietung zu eröffnen, um als Unternehmer die Eigentumswohnungen anderer Bauherren an- und weiterzuvermieten; hierbei habe die Beklagte versäumt, S. darauf hinzuweisen, daß er dadurch die Optionsmöglichkeit des § 9 UStG und somit den Anspruch auf Erstattung der Vorsteuer für seine Wohnung verlieren würde.

1. Ausgehend von diesem Klagevortrag, dessen Richtigkeit im Revisionsverfahren zu unterstellen ist, hat die Beklagte ihre Beratungspflicht verletzt. Ein daraus folgender Ersatzanspruch wegen Schlechterfüllung des Treuhandvertrages ist nicht ein halbes Jahr nach Vertragsende verjährt (Teil A Nr. VI 2 des Vertrages). Nach der unangefochtenen Feststellung des Berufungsgerichts handelt es sich um vorformulierte, nicht im einzelnen ausgehandelte Vertragsbestimmungen und damit um Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne des § 1 AGBG. **Grundsätzlich darf eine Verjährungsfrist einvernehmlich verkürzt werden (§ 225 Satz 2 BGB). Das ist aber durch die Verjährungsregelung im**

Treuhandvertrag nicht wirksam geschehen; diese ist gemäß § 9 AGBG insgesamt unwirksam, weil sie den anderen Vertragspartner entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt. Das hat der Bundesgerichtshof bereits für entsprechende Klauseln entschieden, die Verjährungsfristen von sechs Monaten und von einem Jahr festlegten (BGHZ 97, 21 24 f; BGHZ 102, 220, 222 = GI 88, 55; Urt. v. 5. 7. 1990 – VII ZR 26/89 GI 90, 179 = BGH-Ls 190/90 = NJW 1990, 2464, 2465; vom 16. 1. 1991 – VIII ZR 14/90 GI 91, 128 = BGH-Ls 177/91 = WM 1991, 695, 697). Die Verknüpfung der Tätigkeiten als Steuerberater und Treuhänder ergibt sich aus der Eigenart des Bauherrenmodells, das von den Bauherren im wesentlichen aus Steuerersparnissen finanziert wird. **Der Treuhandvertrag, aufgrund dessen der Steuerberater die steuerlichen Belange des Bauherren wahren soll, ist deshalb ein Vertragsverhältnis im Sinne des § 68 StBerG. Nach dieser Vorschrift, die Leitbild für eine Mindestregelung der Verjährung bei vergleichbaren Tätigkeiten ist, verjähren vertragliche Ersatzansprüche des Auftraggebers gegen den Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten in drei Jahren seit Entstehung des Anspruchs.** Die formularmäßige Verjährungsverkürzung bevorzugt einseitig und unangemessen das Interesse des Treuhänders an einem möglichst frühen Haftungsausschluß. Diese Benachteiligung wird nicht dadurch ausgeglichen, daß die Verjährungsfrist an das Vertragsende anknüpft. Die Unwirksamkeit der Verjährungsklausel führt dazu, daß Ersatzansprüche gegen die Beklagte aus dem Treuhandvertrag der Verjährungsfrist des § 68 StBerG unterliegen (§ 6 Abs. 1, 2 AGBG).

2. Der Klageanspruch ist auch nicht gemäß § 68 StBerG verjährt.
 - a) Die – nach dieser Vorschrift für den Verjährungsbeginn maßgebliche – Schadenentstehung ist anzunehmen, wenn der Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist, mag seine Höhe noch nicht beziffert werden können, ferner wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten ist, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehenbleibt und damit endgültig wird, oder wenn eine solche Verschlechterung der Vermögenslage oder auch ein endgültiger Teilschaden entstanden ist und mit der nicht fernliegenden Möglichkeit weiterer, noch nicht erkennbarer, adäquat verursachter Nachteile bei verständiger Würdigung zu rechnen ist (BGHZ 100, 228, 231 f; 114, 150, 152 f = GI 91, 171); **Unkenntnis des Schadens und damit des Ersatzanspruchs hindert den Verjährungsbeginn nicht** (BGHZ 73, 363, 365 = BGHZ 83, 17, 1 = GI 8/82; BGHZ 114, 150, 151). **Ist dagegen noch offen, ob ein pflichtwidriges, mit einem Risiko**

behaftetes Verhalten zu einem Schaden führt, ist ein Ersatzanspruch noch nicht entstanden, so daß eine Verjährungsfrist nicht in Lauf gesetzt wird (BGHZ 100, 228, 232). Dementsprechend hat der Senat in BGHZ 114, 150, 153 f = GI 91, 171, allgemein und grundlegend ausgeführt, die Verjährungsfrist des § 68 StBerG beginne **spätestens mit dem Eintritt der Bestandskraft** des belastenden Steuerbescheids. **Die Möglichkeit, auch auf Feststellung einer Pflicht zur Leistung künftigen Schadenersatzes zu klagen, bestimmt den Zeitpunkt der Schadenentstehung nicht** (BGHZ 100, 228, 232).

- b) Im vorliegenden Falle begann die Verjährung nicht schon mit **Beitritt** des S. zum Bauherrenmodell. Zu diesem Zeitpunkt war die erstrebte Steuervergünstigung noch nicht verlorengegangen.

Der geltend gemachte Schaden beruht – entgegen der Revisionserwiderung – **nicht auf einem fehlerhaften Rat zur Beteiligung an dieser Vermögensanlage**. Unstreitig wurde S. auch nicht durch die Beklagte zu dieser Beteiligung veranlaßt. Damit entfällt der Beteiligungszeitpunkt als Verjährungsbeginn (vgl. Senatsurteil v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90, GI 91, 223, BGH-Ls 438/91 = WM 1991, 1303, 1305).

- c) Der Ersatzanspruch entstand nicht, als S. im Oktober 1984 – nach dem Klagevortrag auf Rat der Beklagten – seinen Tätigkeitsbereich um die gewerbliche Vermietung von Wohnungen erweiterte und damit eine Sachlage schuf, die eine Anrechnung der auf den Herstellungskosten seiner Wohnung lastenden Vorsteuern ausschloß.

Es wird allerdings die Ansicht vertreten, daß in Fällen, in denen dem Steuerberater eine mangelhafte Gestaltungsberatung vorgeworfen wird, schon mit Abschluß des schädigenden Gestaltungsvertrages das Vermögen gemindert sei und die Verjährung beginne (Gräfe, EWiR § 68 StBerG 1/91; Gehre, Steuerberatungsgesetz 2. Aufl. § 68 Rdn. 8; Messmer, Anmerkung zu LG Arnsberg DStR 1976, 295; LG Köln DStR 1977, 583, 584; LG Koblenz DStR 1978, 163, 164 mit zustimmender Anmerkung Späth).

Dieser Meinung kann in den Fällen nicht gefolgt werden, in denen ein Bescheid des Finanzamtes ergehen muß, um die steuerlichen Folgen des Gestaltungsgeschäfts zu regeln. Zwar ist derjenige, der gemäß einem falschen Rat seines Steuerberaters eine nachteilige Vermögensanlage vornimmt, regelmäßig schon mit seiner rechtlichen Bindung geschädigt, so daß sein Regreßanspruch von diesem Zeitpunkt an verjährt (Senatsurt. v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90 a.a.O.). **Anders als bei einem solchen Schaden infolge fehlerhafter Beratung in wirtschaftlicher Angelegenheit hat aber in einer Steuersache der Steuerpflichtige**

grundsätzlich noch keine Vermögenseinbuße erlitten, solange sich der Beratungsfehler seines Steuerberaters nicht in einem belastenden Bescheid der Finanzbehörde ausgewirkt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hängt die Entstehung des Schadens häufig noch von vielen ungewissen Umständen ab. Es kann unsicher sein, ob die Finanzbehörde einen steuerrechtlich bedeutsamen Sachverhalt aufdeckt. Es liegt in der Regel bei ihr – vor allem bei einer Ermessensentscheidung (§ 5 AO) –, ob sie bestimmte Tatbestände aufgreift und welche Rechtsfolgen sie daraus zieht. Das wird gerade im vorliegenden Falle deutlich, in dem ein Steuernachteil entstanden ist, weil die Finanzbehörde gemäß § 42 AO – unter Einschränkung der individuellen Gestaltungsfreiheit – einen Mißbrauch eines bürgerlich-rechtlichen Rechtsgeschäfts zur Umgehung des Steuergesetzes angenommen hat. Das setzte nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs voraus, daß es sich um eine ungewöhnliche, den wirtschaftlichen Vorgängen und Zielen unangemessene Gestaltung handelte, die der Steuerminderung dienen sollte und nicht auf vernünftigen außersteuerlichen Gründen beruhte (BFHE 140, 354, 361 f = BStBl II 1984, 388 = BB 1984, 900; folgend BFHE 140, 363, 367; 140, 369, 373; 140, 375, 378; BStBl II 1985, 269, 270 = BB 1985, 511, 512); dabei ist es denkbar, daß ein und derselbe Vorgang in der Person eines beteiligten Steuerpflichtigen als Mißbrauch zu beurteilen ist, in der Person eines anderen dagegen nicht (BFH BB 1991, 2142 ff.). Ob die Finanzbehörde eine steuermindernde Gestaltung in diesem Sinne als Mißbrauch wertet, steht erst fest, wenn sie ihren Entscheidungsprozeß abgeschlossen hat.

Daher besteht vor Erlaß des Steuerbescheids nur das Risiko, daß infolge eines Fehlers des Steuerberaters ein Schaden eintritt. **Das ist allenfalls eine Gefährdung, aber noch keine Verschlechterung des Vermögens.**

- d) **Danach kann der Schaden des Steuerpflichtigen grundsätzlich frühestens mit dem Zugang des nachteiligen Steuerbescheids eintreten;** erst dann wirkt sich ein Fehler des Steuerberaters aus. Das gilt für alle Schadenfälle infolge eines Fehlers des Steuerberaters in einer Steuer-sache, gleichgültig, ob die Schadenursache dazu führt, daß gegen den Mandanten ein Leistungsbescheid der Finanzbehörde ergeht (vgl. BGHZ 73, 363, 365; BGHZ 83, 17, 19; BGHZ 96, 290, 294 = GI 86, 27; 114, 150, 152) **oder ein Steuervorteil durch einen Feststellungs-(Grundlagen-)Bescheid des Finanzamtes (§ 171 Abs. 10 AO) versagt wird** (Kohlbeck/Peter/Rawald, Kommentar zum Steuerberatungsgesetz 2. Aufl. § 68 Rdn. 55; wohl auch Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. Rdn. 905, 906), **der für Folgebescheide bindend ist (§ 182 Abs. 1 AO).**

Deshalb ist – entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts – der Schaden auch noch nicht in dem Zeitpunkt eingetreten, in dem gemäß § 201 AO eine Schlußbesprechung über das Ergebnis einer Außenprüfung (§§ 193 ff AO) stattfindet oder in dem – ersatzweise – der Prüfer seinen Bericht erstellt. Zwar hat der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in seiner – vom Berufungsgericht herangezogenen – Entscheidung in BGHZ 73, 363, 368, die Verjährung des Ersatzanspruchs gegen einen Steuerberater aus Fehlern, die durch eine Außenprüfung aufgedeckt worden waren und zur Nacherhebung von Steuern geführt hatten, mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Außenprüfung beginnen lassen. Damit war jedoch der früheste Zeitpunkt des Verjährungsbeginns gemeint, der in jenem Falle eine Verjährung des Ersatzanspruchs ausschloß. Die Außenprüfung soll die steuerlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen ermitteln und etwaige Fehler in den Besteuerungsgrundlagen aufdecken, die Schlußbesprechung unterrichtet über das Prüfergebnis und bietet Gelegenheit zur Erörterung tatsächlicher und rechtlicher Streitfragen. Beide Maßnahmen haben selbst aber noch keine Vermögenseinbuße des Betroffenen zur Folge.

- e) Die dargelegte Bestimmung der Schadenentstehung und damit des Verjährungsbeginns gemäß § 68 StBerG schafft Klarheit für alle Beteiligten. **Die allgemeine Regel, daß ein Schaden erst mit einer Vermögensverschlechterung eintritt, bedeutet in Steuersachen, daß alle Belastungen, die grundsätzlich erst durch einen Akt des Finanzamtes eintreten, damit auch erst entstehen.** Danach hat – unter Berücksichtigung der Belange beider Vertragspartner – der Auftraggeber frühestens ab Zugang des belastenden Steuerbescheids ein schutzwürdiges Interesse an einem Rückgriff gegen seinen Steuerberater. Vorher besteht kein Anlaß für ein solches Vorgehen, das das wechselseitige Vertrauens- und Vertragsverhältnis stören würde.

Anmerkung:

Das Urteil des BGH vom 2.7.1992 – IX ZR 268/91 – soll das Außenprüfungsurteil vom 22. 2. 1979 (NJW 1979, 2211 = DB 1979, 1793 = BB 1979, 1375) klarstellen. Es verändert wahrscheinlich mehr als es lediglich klarstellt.

Geblichen sind die Voraussetzungen für den Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater gemäß §§ 68 StBerG, 198 Abs. 1 BGB:

- a) Eine Verletzungshandlung liegt vor
- b) Die Vermögenslage des Mandanten ist schlechter geworden
- c) Der Schadenersatzanspruch kann klageweise geltend gemacht werden.

Den Verjährungsbeginn von Regreßansprüchen aus mangelhafter **Wirtschaftsberatung** legt der 9. Zivilsenat auf den Zeitpunkt des Abschlusses des schädigenden Gestaltungsvertrages. Hierdurch wird das Vermögen gemindert (ebenso: BGH GI 1991, 223 = WM 91, 1303 = BB 91, 1374; OLG Köln GI 1991, 183).

Zu unterscheiden sind Regreßansprüche wegen mangelhafter Steuer-gestaltungsberatung. Hier weist der 9. Zivilsenat auf die schon traditionelle Rechtsprechung zum Verjährungsbeginn in Außenprüfungs-fällen hin. (BGHZ 73, 363 = NJW 1979, 1550) Er überrascht mit der „Klarstellung“, daß nicht das Aufgreifen des Steuertatbestandes durch die Finanzver-waltung, die Schlußbesprechung oder der Abschluß der Außenprüfung den Schaden bewirke, sondern frühestens der Zugang der Steuer-bescheide. Vor dem Zugang des Steuerbescheides stehe nicht fest, ob der steuerrechtlich bedeutsame Sachverhalt aufgedeckt wird. Insbesondere bei Ermessensentscheidungen biete die Betriebsprüfung dem Steuer-pflichtigen Gelegenheit zur Erörterung eines aufgedeckten Sachverhal-tes, treffe aber noch nicht die Entscheidung. Die Praxis sieht anders aus: Der Betriebsprüfer legt in der Schlußbesprechung – spätestens im Prü-fungsbericht – den Steuertatbestand nieder. Die Veranlagungsstelle wird an dessen Erkenntnisse gebunden. Anderenfalls würde kein Steuerpflich-tiger mehr mit dem Betriebsprüfer verhandeln. Es käme nicht mehr zu ein-verständlichen Beendigungen von Betriebsprüfungen.

Der 9. Zivilsenat befindet sich in Übereinstimmung mit seiner Recht-sprechung zum Verjährungsbeginn bei Anwaltsregressen. (vgl. in diesem Heft S. 320) und bei Regressen gegen Vorstandsmitglieder von Aktien-gesellschaften (BGHZ 100, 228). In diesen Entscheidungen hing die Schadenentstehung beim Mandanten bzw. der AG vom Ausgang eines Vorprozesses ab. Der 9. Zivilsenat sah bei Ermessensentscheidungen der Finanzverwaltung im Sinne § 42 AO – Mißbrauch zivilrechtlicher Gestal-tung zur Steuerumgehung – eine vergleichbare Situation: Erst im Zeitpunkt des Abschlusses der Ermessensausübung stehe fest, ob ein Mißbrauchs-tatbestand angenommen und damit die Vermögenslage verschlechtert werde. Der Entscheidungsprozeß sei erkennbar erst mit Zugang des Steuerbescheides beendet.

Diese Urteilsaussage ist auf Ermessungsentscheidungen des Finanzamtes zu beschränken. Soweit Steuertatbestände von der Außenprüfung aufge-griffen werden, bei denen keine Ermessensausübung möglich ist, wird der 9. Zivilsenat klarzustellen haben, daß es für den Verjährungsbeginn beim Zeitpunkt der Schlußbesprechung bleibt. Auch die Frage des Einflusses der Kenntnis des Mandanten vom Fehler des Steuerberaters und/oder die Aufdeckung der steuerlichen Verhältnisse durch den Außenprüfer vor der Schlußbesprechung bedarf eines abschließenden Wortes des 9. Zivil-senates.

Verjährung des Schadenersatzanspruchs

- Anwaltshaftung, § 51 BRAO
 - Schadenentstehung, künftiger Schaden, Vermögensgefährdung
 - Verjährungsbeginn
- (BGH, Urt.v. 9.7.1992 – IX ZR 50/91)

Leitsatz:

Führt das fehlerhafte Prozeßverhalten eines Rechtsanwaltes zu einer für den Mandanten nachteiligen gerichtlichen Entscheidung, ist ein Schaden regelmäßig nicht eingetreten und damit ein Ersatzanspruch nicht entstanden, solange nicht auszuschließen ist, daß die Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten korrigiert wird.

Leitsatz (d.Verf.):

Ein Schaden ist nicht eingetreten und der Schadenersatzanspruch nicht entstanden, wenn offen ist, ob ein pflichtwidriges Verhalten zu einem Schaden führt (sog. künftiger Schaden, BGHZ 100, 228, 232).

Tatbestand:

Die Klägerin macht gegen den Beklagten einen Schadenersatzanspruch wegen angeblicher Verletzung anwaltlicher Pflichten geltend. Sie ließ in den Jahren 1983/84 von dem Bauunternehmer E.W. (fortan: Auftragnehmer) den Rohbau für ein Vierfamilienhaus errichten. Nach ihrer Behauptung war dafür ein Pauschalpreis von 100.000 DM vereinbart. Die Klägerin zahlte 99.000 DM, 1.000 DM behielt sie „wegen Baumängel“ ein. Anfang 1985 stellte ihr der Auftragnehmer 153.200,61 DM in Rechnung und verlangte von ihr im Klagewege 54.200,61 DM nebst Zinsen. In diesem Rechtsstreit wurde die Klägerin in erster Instanz von dem Beklagten vertreten. Die Klageerwiderung stützte dieser zunächst auf die Pauschalpreisvereinbarung sowie auf Mängel in der Bauausführung der Hauseingangstreppe und eines Stahlbetonsturzes. Zu diesen Mängeln holte das Landgericht gemäß § 273 ZPO vor dem auf den 27. 2. 1986 bestimmten Haupttermin ein Sachverständigengutachten ein. Erst mit Schriftsätzen vom 31. 1. und 18. 2. 1986 berief sich der Beklagte für die Klägerin auf umfangreiche Mängel. In der mündlichen Verhandlung erhob das Landgericht Beweis über die behauptete Pauschalpreisabrede und über die Mängel, zu deren Feststellung es vorbereitend einen Sachverständigen

hatte. Der Vorsitzende wies den Beklagten darauf hin, daß das Vorbringen zu weiteren Mängeln möglicherweise verspätet sei. Daraufhin erklärte dieser zu Protokoll: „Die in den Schriftsätzen vom 31.1.1986, 18.2.1986 gerügten Mängel u. Ansprüche werden nicht mehr im vorliegenden Verfahren geltend gemacht. Hiervon ausgenommen sind die Mängel an der Treppe und der Stahlstütze.“ Durch Urteil v. 20.3.1986 – der Klägerin zu Händen des Beklagten zugestellt am 29.4.1986 – gab das Landgericht der Klage im wesentlichen statt und begründete dies damit, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ein Pauschalpreis nicht vereinbart worden, sondern nach Einheitspreisen abzurechnen gewesen sei. Die Berufung der Klägerin wurde durch Urteil des Oberlandesgerichts vom 20.1.1987, das mit Ablauf der Revisionsfrist rechtskräftig wurde, zurückgewiesen. Das Gericht ließ in der Entscheidung das Vorbringen der Klägerin zur fehlenden Prüffähigkeit der Schlußrechnung, zu falschen Massenberechnungen und zu umfangreichen Mängeln als verspätet nicht zu.

In dem vorliegenden Rechtsstreit, der mit einem dem Beklagten am 13.4.1989 zugestellten Mahnbescheid über 92.000 DM nebst Zinsen eingeleitet wurde, nimmt die Klägerin den Beklagten wegen angeblicher Verletzung seiner anwaltlichen Pflichten in Anspruch. Sie wirft ihm vor, es schuldhaft unterlassen zu haben, den vom Oberlandesgericht im Vorprozeß als verspätet nicht zugelassenen Sachvortrag rechtzeitig einzuführen. Ferner rügt sie, der Beklagte habe den Sachvortrag zu den Mängelrügen eigenwillig zurückgenommen und schuldhaft davon abgesehen, ein Versäumnisurteil gegen sie ergehen zu lassen oder eine Widerklage zu erheben, um eine Zurückweisung wegen Verspätung zu vermeiden.

Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen. Mit ihrer Revision verfolgt die Klägerin den Antrag aus dem Mahnbescheid weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

Das Berufungsgericht meint, der Klageanspruch sei mit Ablauf des 20.3.1989 verjährt. Die dreijährige Verjährungsfrist des § 51 BRAO habe mit Verkündung des erstinstanzlichen Urteils am 20.3.1986 begonnen. An diesem Tage sei ein – unterstellter – Schadenersatzanspruch entstanden. Von nun an habe er geltend gemacht und notfalls im Wege der Klage – auch der Feststellungsklage – durchgesetzt werden können.

Daß der Schaden durch eine Rechtsmitteleinlegung nachträglich habe begrenzt werden oder ganz fortfallen können, stehe der Feststellungsklage nicht entgegen; Dauerhaftigkeit eines zunächst eingetretenen Schadens sei nicht Voraussetzung für deren Zulässigkeit. Der Schaden sei auch nicht erst mit Zustellung des erstinstanzlichen Urteils oder mit seiner Rechtskraft eingetreten. Entstanden sei der Schaden, sobald sich die Vermögenslage im Vergleich zum früheren Vermögensstand verschlechtert habe. Dies sei schon mit der Verkündung des Urteils geschehen, denn dessen Existenz sei bereits als Passivposten bei der Vermögensbewertung zu berücksichtigen gewesen. Jedenfalls sei in diesem Zeitpunkt eine Vermögensgefährdung eingetreten, die für den Verjährungsbeginn dem Vermögensschaden gleichstehe, ohne daß es darauf ankomme, von welchem Zeitpunkt an konkret eine Vollstreckung aus dem Urteil gedroht habe. Auf die Rechtskraft könne für die Schadenentstehung nicht abgestellt werden, denn diese besage nur etwas über die Endgültigkeit des eingetretenen Schadens, auf die es jedoch nicht ankomme.

II.

Den Erwägungen des Berufungsgerichts zum Schadeneintritt vermag der Senat im Streitfall, in dem es um einen Anwaltsfehler im Rahmen eines Prozeßmandates geht, nicht beizupflichten.

Nach § 51 Fall 1 BRAO verjährt der vertragliche Schadenersatzanspruch des Mandanten gegen den Rechtsanwalt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Ein Schadenersatzanspruch ist im Hinblick auf die allgemeine Regel in § 198 Satz 1 BGB entstanden, wenn der Rechtsanwalt die pflichtwidrige schadenstiftende Handlung begangen und einen Schaden herbeigeführt hat. **Ein Schaden ist eingetreten, wenn die Vermögenslage des Auftraggebers infolge der Handlung im Vergleich mit dem früheren Vermögensstand schlechter geworden ist** (BGHZ 100, 228, 231; BGH, Urt. v. 21. 12. 1989 – IX ZR 234/88, WM 1990, 695, 699; v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/89, GI 90, 112 = WM 1990, 815, 816). Dabei muß nicht feststehen, ob ein Schaden bestehenbleibt und damit endgültig wird (BGHZ 114, 150, 153). Ferner ist unerheblich, ob der Schaden sogleich in vollem Umfang eingetreten ist. Der aus einem bestimmten Ereignis erwachsene Schaden ist vielmehr als ein einheitliches Ganzes aufzufassen, und für den Ersatz dieses Schadens gilt eine einheitliche Verjährungsfrist, soweit schon beim Auftreten des ersten Schadens bei verständiger Würdigung mit weiteren Schäden gerechnet werden kann (vgl. BGHZ 50, 21, 24; BGH, Urt. v. 10. 10. 1978 – VI ZR 115/77, NJW 1979, 264; BGHZ 100, 228, 231 f.; 114, 150, 153). Ob und wann der Kläger von dem Schaden erfahren hat, ist unerheblich (RGZ 153, 101, 107; BGHZ 94,

380, 385; 114, 150, 153; Eckert NJW 1989, 2081; Vollkommer, Anwalts-haftungsrecht Rdn. 457).

Am Eintritt des Schadens und damit an der Entstehung eines Schadenersatzanspruchs als Voraussetzung des Verjährungsbeginns fehlt es hingegen, wenn offen ist, ob ein pflichtwidriges Verhalten zu einem Schaden führt. Dann handelt es sich nicht um einen gegenwärtigen, sondern allenfalls um einen künftigen Schaden, der – weil noch nicht eingetreten – für den Beginn der Verjährung nicht erheblich ist (vgl. BGHZ 100, 228, 232).

Im vorliegenden Rechtsstreit geht es nicht um einen Schaden des Mandanten, der durch ein außerprozessuales Fehlverhalten des Rechtsanwalts verursacht wurde und über den ein Rechtsstreit geführt wird. Vielmehr steht allein in Rede, wann ein Schaden entstanden ist, der dem Mandanten durch ein fehlerhaftes Prozeßverhalten des Rechtsanwalts zugefügt wird, das zu einer dem Mandanten nachteiligen erstinstanzlichen Entscheidung führt. **Hier ist ein Schaden regelmäßig nicht schon mit der Verkündung einer solchen Entscheidung, sondern erst dann eingetreten, wenn diese Entscheidung in einem weiteren Rechtszug nicht mehr zugunsten des Mandanten geändert werden kann.** Erst dann ist der Prozeß verloren.

Im Streitfall war der Klägerin mithin durch das dem Beklagten zur Last gelegte Verhalten **so lange ein Schaden nicht entstanden, als es nicht ausgeschlossen war, daß die Werklohnklage des Auftragnehmers der Klägerin ohne Erfolg blieb, weil ein Rechtsmittelgericht die Frage der Pauschalpreisvereinbarung anders wertete, oder daß über das Vorbringen der Klägerin zur mangelnden Prüffähigkeit der Schlußrechnung, zum fehlerhaften Aufmaß und zu Mängeln in der Sache entschieden wurde.** Diese Möglichkeiten bestanden hier nicht nur bis zur Verkündung der landgerichtlichen Entscheidung vom 20. 3. 1986 (vgl. in diesem Zusammenhang BGH, Urt. v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89, WM 1990, 1917, 1921), sondern jedenfalls bis zur Verkündung des Berufungsurteils vom 20. 1. 1987. Vorher stand weder fest, ob die Annahme des Landgerichts, eine Pauschalpreisabrede sei nicht getroffen worden, Bestand haben würde, noch war als sicher davon auszugehen, daß die Rügen der Klägerin zur Prüffähigkeit der Schlußrechnung, zum Aufmaß und zur Mangelhaftigkeit der Arbeiten nicht zur Entscheidung zugelassen würden. **Insbesondere die Zulassung oder Nichtzulassung neuen Vorbringens nach § 528 ZPO hängt von einer Vielzahl von Umständen ab, deren Bewertung durch ein Rechtsmittelgericht sich nicht mit Sicherheit voraussagen läßt.** So entscheiden nicht nur Vortrag sowie Art und Zahl der Beweismittel darüber, ob es zu einer Verzögerung kommt, sondern auch die Frage, mit welchen Fristen ein Gericht im Einzelfall seine Termine bestimmt (vgl. BGH, Urt. v.

7.3.1985 – VII ZR 401/83, WM 1985, 819 f; v. 7.10.1986 – VI ZR 262/85, VersR 1987, 259; auch BVerfGE 81, 264, 269 ff = NJW 1990, 23731. Zudem ist eine dem Gesetz nicht entsprechende Berücksichtigung von neuem Tatsachenvortrag mit Rechtsmitteln nicht angreifbar (vgl. BGH, Urt.v. 26.2.1991 – XI ZR 163/90, WM 1991, 1142 m.w.N.). Vor dem Zeitpunkt, in dem der Rechtsstreit über den Werklohn des Auftragnehmers der Klägerin in der Berufungsinstanz entschieden war, stand sonach nicht fest, daß von einer Pauschalpreisvereinbarung nicht auszugehen und das behauptete pflichtwidrige Verhalten des Beklagten – das Vorbringen der Klägerin als richtig unterstellt – ursächlich für den Erfolg der Werklohnklage geworden war. Frühestens damit kann bei der Klägerin infolge der behaupteten Pflichtverletzungen ein Schaden eingetreten und ein Schadenersatzanspruch entstanden sein. Vor der Verkündung der Entscheidung vom 20.1.1987 konnte dessen Verjährung nicht beginnen. Dann aber wurde diese durch den dem Beklagten am 13.4.1989 zugestellten Mahnbescheid gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB unterbrochen.

Etwas anderes könnte nur gelten, wenn bereits vor der Verkündung des Berufungsurteils festgestanden hätte, daß infolge des behaupteten anwaltlichen Fehlverhaltens ein Schaden der Klägerin eingetreten war. Dafür ist jedoch nichts vorgetragen. Insbesondere ist nicht ersichtlich, daß die Klägerin durch eine Vollstreckung des landgerichtlichen Urteils einen Schaden erlitten hätte, zumal das Urteil nur gegen Sicherheitsleistung des Auftragnehmers vorläufig vollstreckbar war.

Nach alledem kann das Berufungsurteil keinen Bestand haben.

Amtspflichtverletzung

- Mitteilung des Versteigerungstermins an Dritte
 - Versteigerung unter Verkehrswert
 - Leiter der Vollstreckungsabteilung
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 21. 5.1992 – 18 U 248/91)

Leitsätze:

1. Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens nach den §§ 249 ff. AO sind nur die vollstreckende Finanzbehörde und der Vollstreckungsschuldner nicht aber Dritte, die ein Eigentumsrecht an den gepfändeten Gegenständen geltend machen.

2. Deshalb ist die Finanzbehörde nicht verpflichtet, diesen Dritten einen bevorstehenden Versteigerungstermin mitzuteilen. Ihr Bediensteter begeht deshalb keine Amtspflichtverletzung, wenn diese Dritte nicht vorab eindeutig ihr Eigentum darlegen und beweisen.
3. Auch wenn der Vollstreckungsgegenstand unter Verkehrswert versteigert wird, können Dritte daraus Rechte nicht ableiten, weil die Vorschriften über die Beachtung des Mindestgebotes nur den Schutz der am Vollstreckungsverfahren Beteiligten, also Gläubiger und Schuldner, bezwecken.

Aus den Gründen:

Der Klägerin steht gegen das beklagte Land kein Anspruch auf Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung nach § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 Grundgesetz zu.

Es fehlt bereits an der nach § 839 Abs. 1 S. 1 BGB erforderlichen Voraussetzung für einen solchen Anspruch, daß ein Bediensteter des beklagten Landes eine der Klägerin obliegenden Amtspflicht verletzt hätte.

Sämtliche von der Klägerin zur Begründung einer solchen Amtspflichtverletzung vorgetragenen Tatsachen und Behauptungen rechtfertigen nicht die Annahme der Verletzung einer ihr gegenüber bestehenden Amtspflicht.

Zunächst ergibt sich keine Amtspflichtverletzung von Bediensteten des Finanzamts D.-M., insbesondere nicht des Leiters der Vollstreckungsstelle, daraus, daß der Klägerin nicht der Versteigerungstermin mitgeteilt worden ist, ebensowenig daraus, daß der Leiter der Vollstreckungsstelle ihrem Prozeßbevollmächtigten erster Instanz, Rechtsanwalt N., nicht zwischen der Abholung des Schrankes am 14. 4. 1988 und der Versteigerung am 4. 5. 1988 bei den in diesem Zeitraum geführten Telefonaten auf diese bevorstehende Versteigerung hingewiesen hat.

Bedienstete des Finanzamtes waren nicht verpflichtet, die Klägerin über den bevorstehenden Versteigerungstermin zu informieren, weil die Klägerin nicht Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens war und ihr behauptetes Eigentum an dem Bauernschrank zumindest bis zur Versteigerung nicht annähernd nachgewiesen hatte.

Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens nach §§ 249 ff. AO waren die vollstreckende Finanzbehörde gemäß § 252 AO als Gläubigerin und der Vater der Klägerin als Vollstreckungsschuldner nach § 253 AO.

Die Klägerin hatte sich bis zur Versteigerung selbst unstreitig nicht an das Finanzamt gewandt, sondern lediglich ihre Eltern haben bei Abholung der Pfandstücke eine einfache Bescheinigung des Großvaters vorgelegt, aus dem sich das Eigentum der Klägerin an einem der gepfändeten Schränke ergeben sollte. Damit lag lediglich die Behauptung von Eigentum der Klägerin an einem der Schränke vor, die ihr zwar die Möglichkeit der Geltendmachung ihrer Rechte notfalls durch Drittwiderspruchsklage gemäß § 262 AO eröffnete, die Finanzbehörde aber nicht verpflichtete, die weitere Vollstreckung zu unterlassen.

Der Klägerin als vermeintliche Eigentümerin des gepfändeten Schrankes oblag es, der Finanzbehörde ihr Eigentum darzulegen und zu beweisen; denn ohne geeigneten Nachweis kann das Finanzamt nicht das die Veräußerung hindernde Recht des Dritten erkennen (vgl. u. a. Tipke-Kruse, § 262 AO Rdnr. 14). Die von der Mutter der Klägerin bei der Abholung der Pfandstücke vorgelegte einfache Bescheinigung des Großvaters der Klägerin, daß er der Klägerin den gepfändeten Schrank anläßlich ihrer Kommunion geschenkt habe, brauchte das Finanzamt nicht als geeigneten Nachweis für das behauptete Eigentum der Klägerin anzuerkennen.

Aus diesem Grunde hatten die Bediensteten des Finanzamtes bei der weiteren Vollstreckung keinerlei Verpflichtung zu fürsorglicher Tätigkeit gegenüber der Klägerin.

Im Gegenteil hätte für die Klägerin bereits seit der viele Monate vorausgegangenen Pfändung des Schrankes am 12. 8. 1987 Anlaß bestanden, der Finanzbehörde ihr behauptetes Eigentum nachzuweisen oder sich zumindest zur Abklärung der zum Eigentumsnachweis erforderlichen Unterlagen oder Erklärungen mit dem zuständigen Beamten in Verbindung zu setzen.

Darüberhinaus war für die Klägerin spätestens seit dem Tage der Abholung der Pfandgegenstände am 14. 4. 1988 erkennbar, daß eine Versteigerung demnächst stattfinden werde.

Für die Klägerin streitet auch keinerlei durch die Finanzbehörde etwa gesetzter Vertrauenstatbestand, daß eine Versteigerung trotz Abholen der Pfandstücke nicht nach 3 Wochen durchgeführt würde.

Nach dem Gesetz, hier § 298 Abs. 1 AO, mußte die Klägerin sogar mit einer weit eheren Durchführung der Versteigerung nach der Pfändung rechnen, weil danach lediglich eine Wochenfrist zwischen Pfändung und Versteigerung vorgesehen ist.

Auch hat nicht etwa der **Leiter der Vollstreckungsstelle** dadurch einen Vertrauenstatbestand für die Klägerin geschaffen, daß er anläßlich der

mit Rechtsanwalt N. geführten Telefonate – in denen es im wesentlichen nach Darstellung der Klägerin um den Vollstreckungsschuldner gegangen sei – zwischen dem Zeitpunkt der Abholung der Pfandstücke am 14. 4. 1988 und dem Tag der Versteigerung am 4. 5. 1988 nicht ausdrücklich auf die bevorstehende Versteigerung hingewiesen hat.

Einerseits stand wegen des unzureichenden Nachweisversuchs zum angeblichen Eigentum der Klägerin keine Veranlassung hierzu, andererseits durfte der Leiter der Vollstreckungsstelle annehmen, daß der Vollstreckungsschuldner das unstreitig abgesandte Schreiben vom 13. 4. 1988 mit dem Namen des Versteigerers auch erhalten und die Klägerin informiert hatte, so daß auch sie in die Lage versetzt war, sich direkt an den Versteigerer zu wenden.

Im Gegenteil hätte der Leiter der Vollstreckungsstelle sogar davon ausgehen dürfen, daß der Versteigerungstermin dem Vollstreckungsschuldner und der Klägerin bekannt war, da unstreitig weder die Klägerin persönlich, noch der für sie und den Vollstreckungsschuldner tätige Rechtsanwalt ihn nach dem Termin befragt hatte.

Den Leiter der Vollstreckungsschuldner trifft kein Vorwurf der Amtspflichtverletzung. Die Klägerin hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie sich nach Abholung der Pfandstücke nicht beim Finanzamt erkundigt hat, ob ein Versteigerungstermin bereits angesetzt sei und wer die Versteigerung durchführte. Sie hätte sich sodann wegen anderer Fragen direkt an den Versteigerer wenden können und hätte wegen des Wohnsitzes des Versteigerers in W. mit der Veröffentlichung des Versteigerungstermins im W. Bezirk rechnen müssen.

Selbst wenn man in der weiteren Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen eine Amtspflichtverletzung erblicken wollte, scheiterte ein Schadenersatzanspruch der Klägerin gemäß § 839 Abs. 3 BGB – ungeachtet einer eventuellen Möglichkeit auf anderweitigen Ersatz nach § 839 Abs. 2 S. 2 BGB – jedenfalls daran, daß sie es schuldhaft unterlassen hat, den angeblichen Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden.

Wenn sie schon seit der Pfändung des Schrankes am 12. 8. 1987 mit Rücksicht auf die Auskunft des Pfändungsbeamten, sie müsse bei der Abholung einen Eigentumsnachweis vorlegen, monatelang untätig geblieben ist, um dann bei der Abholung der Pfandstücke am 14. 4. 1988 durch ihre Mutter die schlichte Bescheinigung vorlegen zu lassen, ist ihr weiteres Verhalten nach der Abholung von unverständlicher Sorglosigkeit geprägt. Die Abholung hätte für sie ein Alarm sein müssen, daß sie nun umgehend tätig werden müßte, um einen Verlust ihrer angeblichen Rechte zu entgehen.

Ihr hätte der Weg über die Drittwiderspruchsklage gemäß § 262 AO mit der Möglichkeit einer einstweiligen Einstellung der Vollstreckung nach § 262 Abs. 2 AO in Verbindung mit § 769 ZPO offengestanden. Eine einstweilige Einstellung des Vollstreckungsverfahrens hätte das Zivilgericht bei rechtzeitiger Antragstellung noch vor dem Versteigerungstermin ohne mündliche Verhandlung beschließen und sodann im Hauptsacheverfahren die Eigentumsfrage klären können.

Sie ließ aber unstreitig eine Woche ungenutzt verstreichen und wandte sich erst dann an Rechtsanwalt N. Daß dieser sodann unter dem Datum vom 21. 4. 1988 eine Drittwiderspruchsklage beim unzuständigen Finanzgericht eingereicht hat – zudem noch mit zeitlicher Verzögerung – nämlich ausweislich des Eingangsstempels des Gerichts auf der Klageschrift und des Schreibens des Finanzgerichts erst am 26. 4. 1988, die Klage sodann unter dem Datum des 28. 4. 1988 zurückgenommen und beim Amtsgericht Düsseldorf durch Schriftsatz vom 4. 5. 1988, eingegangen bei Gericht am Tage nach Versteigerung, am 5. 5. 1988, erneut eingereicht hat, muß sich die Klägerin wie eigenes Verschulden nach § 278 BGB zurechnen lassen (vgl. u. a. Palandt-Thomas § 839 Rdnr. 75).

Der Klägerin steht weiterhin kein Schadenersatzanspruch aus Amtspflichtverletzung deshalb zu, weil der Versteigerer den nach ihrer Behauptung ihr gehörigen Schrank, der nach ihrer Darstellung 10.000 bis 12.000 DM wert gewesen sei mit 3.500 DM **weit unter Wert und unter Mißachtung des Mindestgebotes nach § 300 AO versteigert habe**. Auch als öffentlich bestellter Versteigerer, der von der Vollstreckungsbehörde gemäß §§ 296 Abs. 1, 305 AO mit der Durchführung der Versteigerung beauftragt worden war, war der Versteigerer „Beamter“ im haftungsrechtlichen Sinne, so daß eine Haftung des beklagten Landes auch für sein etwaiges Fehlverhalten in Betracht kommt.

Ungeachtet dessen, daß insoweit ein Verstoß gegen § 300 AO nicht vorliegt, wonach der Zuschlag nur bei Erreichen der Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswertes (Mindestgebot) erteilt werden darf, weil der im Pfändungsprotokoll vom 12. 8. 1987 geschätzte Verkaufswert des Schrankes von 2.000 DM mit dem Versteigerungserlös von 3.500 DM sogar übertroffen worden ist, kommt ein Anspruch der Klägerin wegen angeblich erheblicher Unterschreitung des tatsächlichen Verkaufswertes aus einem anderen Grunde nicht in Betracht. Die Vorschriften über die Beachtung des Mindestgebotes bezwecken nämlich lediglich den Schutz der am Vollstreckungsverfahren Beteiligten, das sind Gläubiger und Schuldner.

Dritte sind vom Schutzzweck dieser Vorschrift nicht erfaßt, so daß die Verpflichtung zur Beachtung der entsprechenden Versteigerungsvorschriften Amtspflichten sind, die zwar gegenüber Vollstreckungsgläubiger und -schuldner bestehen, nicht aber gegenüber Dritten.

Dies folgt aus dem Zweck des Gesetzes selbst. § 300 AO will – ebenso wie die Parallelvorschrift des § 817a ZPO – verhindern, daß Pfandsachen verschleudert werden (vgl. BVerfG NJW 1978, Seite 368 f.; Tipke-Kruse § 300 Rdnr. 1), und zwar im Interesse aller Beteiligten, auch der Allgemeinheit (vgl. Hübschmann-Hepp-Spitaler-Schwarz § 300 Rdnr. 4; Stein-Jonas-Münzberg § 817a Rdnr. 1) wobei die „Beteiligten“ Gläubiger und Schuldner sind (vgl. u. a. Wieczorek § 817a Rdnr. A II) – nach anderer Meinung bezweckt die Vorschrift über das Mindestgebot sogar nur den Schutz des Schuldners, um der Verschleuderung seines Eigentums vorzubeugen (Wassermann-Schmidt-von Rhein § 817a Rdnr. 1; Thomas-Putzo § 817a Anm. 1; Baumbach-Lauterbach-Hartmann § 817a Anm. 1).

Jedenfalls besteht die Amtspflicht zur Beachtung der Vorschrift über das Mindestgebot – wenn auch ein Interesse der Allgemeinheit daran bestehen mag, daß grundsätzlich nicht Vermögen eines Schuldners verschleudert wird – gegenüber den Verfahrensbeteiligten – Gläubiger und Schuldner. Ein Dritter wie die Klägerin ist im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens gerade durch andere Vorschriften geschützt, nämlich insbesondere durch das Institut der Drittwiderspruchsklage und ggfs. durch einen Herausgabeanspruch gemäß § 812 BGB in Bezug auf den Versteigerungserlös.

Selbst wenn man annehmen würde, daß der Schrank tatsächlich Eigentum der Klägerin war und einen Wert von 10.000 bis 12.000 DM gehabt hätte und durch die Versteigerung zu einem Preise von 3.500 DM der tatsächliche Wert um weit mehr als die Hälfte unterschritten worden wäre, ist auch insofern der Klägerin entgegenzuhalten, daß sie es entgegen § 839 Abs. 3 BGB unterlassen hat, rechtzeitig Rechtsmittel einzulegen. Da der Pfändungsbeamte bereits im Pfändungsprotokoll den Wert des Schrankes mit 2.000 DM angesehen hatte, hätte die Klägerin bereits gegen diesen Wertansatz Erinnerung einlegen können. Jedenfalls hätte sie den Schadeneintritt verhindern können, wenn sie rechtzeitig Drittwiderspruchsklage mit einem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz erhoben und ihr Eigentum nachgewiesen hätte. Auf die obigen Ausführungen wird insoweit verwiesen.

Der Klägerin steht schließlich – ihr ehemaliges Eigentum an dem Schrank unterstellt – **auch kein Anspruch auf Auszahlung der einbehaltenen Kosten der Zwangsvollstreckung nach dem Schreiben des Finanzamtes D.-M. vom**

6. 12. 1988 gemäß § 812 BGB zu. Zurecht sind diese Kosten einbehalten worden. Nach herrschender Meinung in Rechtsprechung und Schrifttum vermindert sich bei unberechtigten Eingriffen in das Vermögen Dritter im Wege der Zwangsvollstreckung der Bereicherungsanspruch des Berechtigten stets um die Kosten der Zwangsvollstreckung (vgl. BGH NJW 1976, Seite 1090 ff. [1092] m.w.N.).

Verhinderung der Zwangsversteigerung

- Terminsnachricht
 - Grundurteil, Schaden
- (OLG Celle, Urt. v. 19. 2. 1992 – 3 U 92/91)

Leitsatz (d.Verf.):

1. Der Mandant ist auf den bevorstehenden Termin der Zwangsversteigerung hinzuweisen.
2. Werden Ersatzansprüche aus der Verletzung vertraglicher Pflichten hergeleitet, stellt die Schadenentstehung keine haftungsbegründende Tatsache dar und gehört mithin nicht zum Haftungsgrund.
3. Der Erlaß eines Grundurteils setzt voraus, daß der geltend gemachte Anspruch mit hoher Wahrscheinlichkeit wenigstens teilweise besteht.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Kläger führt zu einer Abänderung des die Klage abweisenden Urteils und zum Erlaß eines Grundurteils unter Zurückverweisung der Sache im übrigen.

Den Klägern steht wegen einer Schlechterfüllung des mit den Beklagten zustandegekommenen Geschäftsbesorgungsvertrages grundsätzlich ein Schadenersatzanspruch zu.

1. Den Beklagten war das Mandat mit dem **Auftrag erteilt worden, die von dem Miterben H. B. betriebene Zwangsversteigerung möglichst zu verhindern.** Dies ist ihnen unstreitig nicht gelungen. Dabei kann letztlich dahinstehen, ob eine rechtzeitige Erhebung der Drittwiderspruchsklage gemäß § 771 ZPO i.V.m. einem Antrag nach § 771 Abs. 3, 769 ZPO

Erfolg gehabt hätte. Die Beklagten weisen insoweit zutreffend darauf hin, daß dem Vorbringen der Kläger die hypothetische Entwicklung im Falle einer einstweiligen Einstellung der Zwangsversteigerung und eines Obsiegens im Drittwiderspruchsverfahren nicht ausreichend entnommen werden kann. Die insoweit in Rede stehende Pflichtverletzung der Beklagten ist mithin nicht geeignet, einen Schadenersatzanspruch zu begründen.

2. **Zu den Pflichten der Beklagten gehörte es im Rahmen ihres Mandates allerdings auch, die Kläger auf den bevorstehenden Termin der Zwangsversteigerung hinzuweisen** und ihnen somit Gelegenheit zu geben, das Grundstück zu ersteigern.

Der Grundsatz, daß der Rechtsanwalt im Interesse seines Mandanten den jeweils sichersten Weg zu wählen hat, gebot es vorliegend, die Kläger jedenfalls von dem bevorstehenden Versteigerungstermin zu unterrichten und sich nicht darauf zu verlassen, daß sie über die Ankündigungen in der Presse von der Versteigerung des Grundstücks Kenntnis erlangen würden. Die Beklagten haben keinerlei Anhaltspunkte dafür aufgezeigt, daß die Kläger an einer entsprechenden Terminsbenachrichtigung nicht interessiert gewesen sein könnten.

Die weitere Entwicklung im Falle einer entsprechenden Benachrichtigung der Kläger durch die Beklagten ist zwischen den Parteien streitig. Sie betrifft die Kausalität zwischen der Pflichtverletzung und dem von den Klägern behaupteten Schaden und gehört mithin zur Schadenfeststellung, so daß der Senat wegen des auf den Grund des Anspruchs beschränkten Urteils dazu keine Feststellung treffen muß. Zum Grund des Anspruchs gehören nur die anspruchsbegründenden, nicht aber die haftungsausfüllenden Tatsachen. Der von der Klägerin behauptete Schadeneintritt betrifft, wie bereits angesprochen, nicht den Anspruchsgrund. **Soweit sich auf Vermögensschäden bezogene Ersatzansprüche nur aus der Verletzung vertraglicher Pflichten ergeben können, stellt die Schadenentstehung keine haftungsbegründende Tatsache dar und gehört mithin nicht zum Haftungsgrund** (vgl. BGH VersR 1975, 540, 541; NJW 1987, 705, 706).

3. Soweit der Erlaß eines Grundurteils voraussetzt, daß der geltend gemachte Anspruch mit hoher Wahrscheinlichkeit wenigstens teilweise besteht, bedarf es ebenfalls keiner besonderen Feststellungen durch den Senat. Eine **hohe Wahrscheinlichkeit** kann, anders als das für die richterliche Überzeugungsbildung erforderliche Maß an Wahrscheinlichkeit, schon dann bejaht werden, **wenn aufgrund des Vortrages der darlegungspflichtigen Partei unter Berücksichtigung des**

Vorbringens der Gegenseite viel dafür spricht, daß die Feststellung eines Schadens möglich sein wird. Das ist hier der Fall. Der Senat geht aufgrund der Gesamtumstände davon aus, daß die Kläger bei entsprechender Kenntniserlangung von dem Versteigerungstermin mitgeboten hätten und dadurch zumindest ein etwas größerer Erlös erzielt worden wäre. Dem Senat reicht es für die Prognose aus, daß die Kläger die hypothetische Entwicklung bis zum Schadeneintritt in Einklang mit der nach der allgemeinen Lebenserfahrung zu erwartenden Verhaltensweise letztlich glaubhaft dargelegt haben und die Beklagten dem nicht mit überzeugenden Gründen entgegengetreten sind.

Gerade im vorliegenden Fall wird es nämlich für die Beantwortung der Frage, wie die Dinge bei rechtzeitiger Kenntniserlangung vom Versteigerungstermin gelaufen wären, entscheidend auf die Glaubwürdigkeit der Kläger und die Glaubhaftigkeit ihrer Angaben ankommen.

Da das Landgericht die Klage abgewiesen hat, der Anspruch der Kläger dem Grunde und der Höhe nach streitig ist und der Senat über den Grund vorab entscheidet, liegen die Voraussetzungen für eine notwendige Zurückverweisung der Sache zur Durchführung des Nachverfahrens über den Betrag gemäß § 538 Abs. 1 Nr. 3 ZPO vor. Eine eigene Sachentscheidung über die Höhe des Anspruchs hält der Senat auch nicht im Hinblick darauf für angezeigt, daß das Landgericht die angefochtene Entscheidung auf eine nicht ausreichend substantiierte Darlegung des Schadens gestützt hat. Unbeschadet der Frage, ob das Landgericht nicht gemäß § 139 ZPO auf eine Vervollständigung des Parteivorbringens hätte hinwirken müssen, sind im Berufungsrechtszug jedenfalls dazu weitere Tatsachen vorgetragen worden.

Beratungsfehler d. Steuerberaters

– DBA Italien (aF)

– GmbH-Geschäftsführer

(OLG Hamm, Urt. v. 8.1.1992 – 25 U 45/91 –
rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH)

Leitsätze:

1. Die Tätigkeit eines GmbH-Geschäftsführers in Italien ist nur dann nach Art. 7 Abs. 2, 11 Nr. 1 d DBA Italien steuerfrei, wenn diese von der übrigen Geschäftsführertätigkeit im Inland abgrenzbar ist.

2. Eine Abgrenzbarkeit ist nicht möglich, wenn die GmbH von Italien in vollem Umfang leitend geführt wird.
3. Es ist gleichgültig, ob der neue Steuerberater beim zuständigen Finanzamt die Freistellung der Auslandstätigkeit von der Besteuerung durchgesetzt hat.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist nicht begründet. Zu Recht hat das Landgericht die Klage abgewiesen, weil die Beklagten für die Jahre 1982 bis 1984 nicht pflichtwidrig im Sinne einer positiven Vertragsverletzung zum Nachteil des Klägers Vorschriften des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Deutschland und Italien unberücksichtigt gelassen haben. Das Geschäftsführergehalt des Klägers unterlag in den Jahren 1982 bis 1984 in vollem Umfang der Besteuerung nach deutschem Steuerrecht.

Nach Art. 7 Abs. 2 i.V.m. Art. 11 Nr. 1 d des Abkommens zwischen dem deutschen Reich und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiet der direkten Steuern (RGBl. 1925 II, 1.146 ff.) **werden Arbeitseinkünfte der im Privatdienst beschäftigten Arbeitnehmer nur in dem Staat versteuert, in dessen Gebiet die persönliche Tätigkeit ausgeübt wird, aus der die Einkünfte herrühren.** Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der italienischen Regierung ist am 20. 11. 1952 in Rom durch Notenwechsel Einverständnis darüber festgestellt worden, daß dieses sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen mit Wirkung vom 1. 1. 1951 wieder in Kraft tritt (vgl. Bekanntmachung über die Wiederanwendung deutsch-italienischer Vorkriegsverträge vom 23. 12. 1952, BGBl. 1952 II, 986 und der Hinweis auf diese Bekanntmachung im Bundessteuerblatt 1953, Teil I, 61).

Bei Geschäftsführern und Vorstandsmitgliedern von Kapitalgesellschaften ist nach ständiger Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes und des Bundesfinanzhofes davon auszugehen, daß sie ihre Tätigkeit unabhängig von ihrer tatsächlichen Anwesenheit stets am Sitz der Gesellschaft erbringen (vgl. die in dem Urteil des Bundesfinanzhofes in DB 1983, 2066, 2067 im einzelnen angeführten Entscheidungen). Auf dieser ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung beruhen auch die Anordnungen des Bundesministers der Finanzen vom 11. 1. 1982 (BGBl. 1982, I, 215 und BGBl. 1983, I, 502). Darin wird jeweils darauf hingewiesen, daß bei Geschäftsführern davon auszugehen sei, daß sie ihre Tätigkeit unabhängig von ihrer tatsächlichen Anwesenheit stets am Sitz der Gesellschaft erbringen.

Durch das von dem Kläger angeführte Urteil des Bundesfinanzhofes in DB 1983, 2066 f. wird diese ständige Rechtsprechung nicht aufgehoben, sondern lediglich in einem Ausnahmefall modifiziert. Der Bundesfinanzhof hat in dieser Entscheidung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seine Entscheidung der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht entgegenstehe. Die Rechtsprechung habe nämlich eine Ausnahme immer dann zugelassen, wenn die Auslandstätigkeit eines im Ausland wohnenden Geschäftsführers so abgegrenzt sei, daß sie lediglich die im Ausland sich auswirkenden Tätigkeiten umfasse. Auf die Erforderlichkeit einer solchen Abgrenzung in Ausnahmefällen hat der Bundesfinanzhof auch in seiner Entscheidung BFHE 103, 433, 437 hingewiesen und ausgeführt, es könne bei der Frage der Besteuerung nach deutschem Recht nicht darauf abgestellt werden, wo der Erfolg der Tätigkeit des Geschäftsführers eintrete oder wo sich die Tätigkeit des Geschäftsführers auswirke. Entscheidend sei allein, wo die Geschäftsführer einer GmbH ihre Tätigkeit persönlich ausüben, d. h. wo sie „persönlich tätig“ geworden seien. Bei der Beantwortung dieser Frage müsse die Art der Tätigkeit eines Geschäftsführers berücksichtigt werden, die vorwiegend in der Erteilung von Weisungen, wie das Unternehmen allgemein und im einzelnen betrieben werden solle, bestehe. Dazu sei zunächst einmal erforderlich, daß sich der Geschäftsführer über die zu erteilende Weisung selbst schlüssig werde. Dies geschehe an dem Ort, wo er sich gerade aufhalte. Mit dieser Entschlußfassung sei aber die Tätigkeit noch nicht beendet. „Ausüben“ im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens erfordere bei einem Geschäftsführer, daß die Weisung dem Weisungsempfänger zugänglich gemacht werde. Die Tätigkeit des Geschäftsführers sei daher erst mit dem Zugang der Weisung an diese Person beendet. Dieser Zugang vollziehe sich am Ort des Sitzes der Gesellschaft. Aus diesem Grund sei davon auszugehen, daß die nur einheitlich zu beurteilende Tätigkeit des Geschäftsführers am Ort des Sitzes der Gesellschaft persönlich ausgeübt werde.

Bereits in seiner Entscheidung vom 12. 8. 1960 (DStBl. 1960, III, 441, 443) hat der Bundesfinanzhof ausgeführt, daß die Tätigkeit von Direktoren und Geschäftsführern mit Rücksicht auf ihrer Bedeutung für das Schicksal der Kapitalgesellschaft und vor allem auch im Hinblick auf die Tatsache, daß die Kapitalgesellschaft rechtlich und wirtschaftlich durch die Direktoren und Geschäftsführer als ihre Organe gewissermaßen selbst handelt, jedenfalls dann als an dem Ort ausgeübt angesehen werden, an dem sich der Sitz der Kapitalgesellschaft befinde, wenn der Direktor oder Geschäftsführer sich wenigstens gelegentlich an diesem Ort aufgehalten habe und seine Tätigkeit nicht so abgegrenzt sei, daß sie lediglich im Ausland sich auswirkende Aufgaben umfasse.

Eine solche geforderte Abgrenzbarkeit war in der von dem Kläger angeführten Entscheidung des Bundesfinanzhofes zu bejahen. In der genannten Entscheidung wurde die GmbH im Gegensatz zu dem vorliegenden Fall nicht von einem, sondern von mehreren Geschäftsführern geleitet und die von einem der Geschäftsführer durchgeführte Reise ist lediglich zum Zwecke der Warenmusterung und des Wareneinkaufs durchgeführt worden, also zum Zwecke von Tätigkeiten, die nur in Italien sinnvollerweise erbracht werden konnten. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß auch bei einem Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitgeber ins Ausland geschickt wird, um dort Arbeiten auszuführen, eine Steuerfreiheit nach deutschem Steuerrecht nur dann eintritt, **wenn er Arbeiten ausführt, die nur an Ort und Stelle im Ausland ausgeführt werden können.**

Eine solche abgrenzbare Tätigkeit hat der Kläger in Italien nicht ausgeführt. Nach den Feststellungen im Tatbestand des angefochtenen Urteils hat der Kläger selbst vorgetragen, daß er im Wege der Telekommunikation Anweisungen an seine Mitarbeiter in Ratingen über die Art und Anzahl der zu beschaffenden Pkw gegeben habe. Von Italien aus habe er Entscheidungen über die Annahme von Einkaufskonditionen bei deutschen Kraftfahrzeughändlern getroffen und Anweisungen erteilt über die Zusammenstellung der Pkw-Transporte nach Italien, den Ausgleich von Rechnungen und über die Verwaltung der Gesellschaft allgemein. Im Senatstermin hat er zusätzlich vorgetragen, er habe täglich von Italien am Sitz der GmbH angerufen. Aus diesem eigenen Vorbringen des Klägers ergibt sich, daß er in Italien nicht lediglich Arbeiten ausgeführt hat, die notwendigerweise aus seiner Sicht nur dort ausgeführt werden konnten, nämlich den Verkauf von Fahrzeugen, **sondern daß er zugleich weiterhin als Geschäftsführer die GmbH in vollem Umfang leitend geführt hat, so daß eine Abgrenzbarkeit nicht möglich ist.**

Der Grundsatz der Abgrenzbarkeit ist nicht nur im Rahmen des Doppelbesteuerungsabkommens bei der Tätigkeit von Geschäftsführern von Bedeutung, sondern gilt allgemein auch bei der Berücksichtigung von Werbungskosten, wenn ein Steuerpflichtiger aus geschäftlichem Anlaß eine Reise ins Ausland durchführt und diese zugleich mit einem privaten Urlaub verbindet. In einem solchen Fall ist nach dem allgemeinen Aufteilungs- und Abzugsverbot eine Anerkennung von Werbungskosten nicht möglich. Der Grundsatz der Abgrenzbarkeit und des allgemeinen Aufteilungs- und Abzugsverbots soll verhüten, daß Aufwendungen als vom Steuerpflichtigen durch den Betrieb veranlaßt dargestellt werden, ohne daß für das Finanzamt die Möglichkeit besteht, diese Ausgaben nachzuprüfen und die tatsächliche berufliche oder private Veranlassung festzustellen (vgl. Schmidt, Einkommensteuergesetz, 10. Aufl., § 12 Anm. 5).

Soweit der Kläger behauptet, sein neuer Steuerberater habe für die Jahre 1985 und 1986 beim zuständigen Finanzamt durchgesetzt, daß ein Teil seines Geschäftsführergehaltes mit Rücksicht auf Auslandstätigkeit nicht versteuert worden sei, so ist dies für die **Frage der Pflichtwidrigkeit** der Beklagten, die sich nach objektiven Gesichtspunkten richtet, ohne Bedeutung. Im übrigen bleibt offen, mit welchem tatsächlichen Vorbringen der neue Steuerberater die behauptete teilweise Freistellung erreicht hat und ob insbesondere gegenüber dem Finanzamt vorgetragen worden ist, daß der Kläger während seines Aufenthalts in Italien nicht nur solche Tätigkeiten ausgeübt hat, die in abgrenzbarer Weise ausschließlich in Italien ausgeführt werden konnten, sondern daß er weiterhin als Geschäftsführer die Gesellschaft in vollem Umfang geführt und entsprechende Weisungen gegeben hat.

GI Hinweise

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer werden häufig zur Unternehmensberatung herangezogen. Neben ihnen wird Unternehmensberatung durch die in Deutschland etwa 35.000 Unternehmensberater durchgeführt. Eine Neuerscheinung von Stefan Exner, *Der Unternehmensberatungsvertrag* (Verlag Dr. Otto Schmidt KG, 258 Seiten, DM 78,00, ISBN 3 504 45041 x) erörtert die Gestaltung von Unternehmensberatungsverträgen, deren Durchführung und Beendigung. Im Anhang sind Muster für einen Projektberatungsvertrag und einen Dauerberatungsvertrag abgedruckt. Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte, die Unternehmensberatung betreiben, finden in der Neuerscheinung zahlreiche Anregungen.

Aus aktuellem Anlaß:

Die allgemein unsichere Rechtslage zur Verfassungsmäßigkeit von Steuergesetzen veranlaßt uns zum Abdruck des folgenden (siehe nächste Seite) Mustereinspruchs von Neufang (PASWI 1992, 359, 361).

Finanzamt

Mandant:

St.-Nr.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den Einkommensteuerbescheid 19 / Bescheid über Solidaritätszuschlag / Bescheid über Lohnsteuerjahresausgleich 19 / Vermögensteuerbescheid 19 wird mit folgender Begründung

Einspruch

eingelegt:

- ☐ Bei der Einkommensteuerveranlagung wurden ungewisse Besteuerungsgrundlagen zum Nachteil berücksichtigt. Bei der Besteuerung wurde nämlich ein Grund- und Kinderfreibetrag angesetzt, der das Existenzminimum nicht steuerfrei läßt. Damit wurden die Beschlüsse des BVerfG vom 29. 5. 1990, BStBl II 1990, 653, 664 unzutreffend zum Nachteil des Steuerzahlers umgesetzt. Im Beschluß vom 29. 4. 1992 VI B 152/91 hat der BFH ausgeführt, daß ungewisse Besteuerungsgrundlagen zum Vorteil des Steuerpflichtigen zu berücksichtigen sind, weil ansonsten die Besteuerung gegen die Grundrechte verstoßen würde (vgl. auch Niedersächsisches Finanzgericht vom 11. 6. 1991 – IX 76/91 V, EFG 1992, 139).

Im übrigen wird der Einspruch auch mit den folgenden anhängigen Verfahren begründet.

- ☐ Der Grund- und Kinderfreibetrag ist nicht verfassungskonform, weil das Existenzminimum nicht steuerfrei bleibt (2 BvR 1265/90).
- ☐ Unterhaltsleistungen an nicht im Haushalt lebende Kinder nicht angemessen berücksichtigt wurden (1 BvR 1001/88, 1 BvR 74/88).
- ☐ Die berücksichtigten Kinderbetreuungskosten zu niedrig bzw. die Beschränkung auf das 16. Lebensjahr unzulässig ist (2 BvR 1282/90).
- ☐ Die Höchstbeträge bei den außergewöhnlichen Belastungen realitätsfremd sind und nicht dem Prinzip der Leistungsbesteuerung entsprechen (1 BvL 17/85, 1 BvL 12/86).
- ☐ Der Ausbildungsfreibetrag zu niedrig ist (1 BvL 12/86).
- ☐ Der Arbeitnehmerpauschbetrag des § 9 a Nr. 1 EStG ein Arbeitnehmerfreibetrag ist (BFH Az. VI R 41/91).
- ☐ Die Vorsorgeaufwendungen unzutreffend berücksichtigt wurden (1 BvR 1220/88).
- ☐ Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld, Krankengeld, Mutterschaftsgeld zur Ermittlung der Progression nicht berücksichtigt werden darf (1 BvR 1176/88).
- ☐ Die Besteuerung der Beamtenpension im vollen Umfang nicht verfassungskonform ist (1 BvR 59/87, 1 BvR 67/87).
- ☐ Die Nichtberücksichtigung von privaten Schuldzinsen mit den Grundsätzen der Leistungsbesteuerung nicht vereinbart werden kann (FG Niedersachsen Az XII 155/91).
- ☐ Der Besteuerung von Personalrabatten (FG Rheinland-Pfalz Az 1 K 3032/90)
- ☐ Verfassungswidrigkeit des Solidaritätszuschlages (BFH Az 2 BvR 1622/91)
- ☐ Die Besteuerung bei der Vermögensteuer aufgrund der unterschiedlichen Besteuerung von Geld- und Grundvermögen verfassungswidrig ist (Vorlagebeschluß FG Hamburg vom 30. 6. 1988 II 331/85, EFG 1988, 586, Beschl. des FG Rheinland-Pfalz vom 6. 2. 1992 5 K 2578/90, Stbg 1992, 375; 1 BvR 25/88, 1 BvR 62/87, 211/87, 713/87, 892/89)

Mit einem Ruhen des Verfahrens (vgl. BFH v. 18. 7. 1990 I R 12/90, BStBl II 1990, 986) bin ich einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Diesen Massenrechtsbehelfsverfahren soll durch eine Änderung der Abgabenordnung (AO) gegengesteuert werden; so ist eine gesetzliche Rücknahmefiktion vorgesehen. Der einschlägige § 360 Abs. 2 AO soll wie folgt geändert werden:

„Wird ein Einspruch auf ein Verfahren gestützt, das beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft, beim Bundesverfassungsgericht oder bei einem obersten Bundesgericht anhängig ist, und wäre der Einspruch nach dem Ausgang dieses Verfahrens als unbegründet abzuweisen, gilt der Einspruch insoweit 6 Monate nach Mitteilung des Abschlusses des gerichtlichen Verfahrens im Bundessteuerblatt als zurückgenommen, es sei denn, der Einspruchsführer hat ihn innerhalb dieser Frist ausdrücklich aufrechterhalten. Satz 1 gilt auch, für unzulässige Einsprüche, soweit über sie noch nicht entschieden worden ist.“

Wenn diese Regelung Gesetz wird, werden sich viele Rechtsbehelfsverfahren ohne weiteres Tätigwerden der Finanzämter erledigen. Soweit dies nicht gewollt ist, muß darauf geachtet werden, daß innerhalb der gesetzlichen Frist die Finanzbehörde entsprechend unterrichtet wird (aus Steuertelex 1992, 575).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 11, 1992)

Abtretung			Bundesverfassungsgericht	
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58		– Anwaltpflichten	92, 24
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77		Darlegungslast f. Regreßanspruch s. auch Beweislast	
Allgemeine Geschäftsbedingungen			– anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand	92, 284
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114, 311		DBA	
– Rechtswahlklausel	92, 25		– Italien (a. V.)	92, 332
Amtspflichtverletzung d. FA			Dienstvertrag	
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54		– Steuerberatungsvertrag	92, 63
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54		Dokumentationspflicht	
– Vollstreckungsverfahren, Versteigerungstermin	92, 324		– über Posteingang	92, 249
Anerkenntnis			Dritthaftung	
– Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB = Verjährungseingeständnis	92, 277		– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18
Anwaltsnotar			– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Sozietät	92, 121		– obj. Interessenlage	92, 8
– Unparteilichkeit			– Testat	92, 8
Arglisteinwand			– vertragsähnl. Vertrauenshaftung	92, 17
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46		Ehescheidung	
Auskunftsvertrag			– Parteiverrat d. RA	92, 127
– stillschweigender Abschluß			– Unparteilichkeit d. Notars	92, 121
– Bilanz, Status	92, 8		Eigenschaft, zugesicherte –	
Bankhaftung			– Steuervorteil	92, 181
– Aufklärungspflicht, Kapitalanlage	92, 310		Erbenhaftung, beschränkte	
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	92, 310		– Belehrungspflicht d. RA	92, 58
– Prüfungspflicht, WP-Testat	92, 114		Feststellungsklage	
Belehrungspflicht d. RA			– negative –	92, 28
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	92, 115		– nichtiger Gesellschafterbeschuß	92, 88
– Kenntnis der Berufsordnung	92, 115		Freistellungsanspruch	
– gesetzliches Verbot	92, 58		– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85
– beschränkte Erbenhaftung			– Verjährung	92, 85
Belehrungspflicht d. Stb/Wp			Fristenkontrolle	
– Abtretung Steuererstattungsanspruch	92, 77		– ohne Aktenvorlage	92, 269
Befreiungstatbestand			– Briefumschlag, Zustellungsdatum	
– vor 15 Jahren	92, 22		– Zugang d. St-Bescheides	92, 249
– anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand	92, 284		– Eingangsdatum	92, 238
– Stiftungsgründung, Durchlaufspende	92, 175		– Fristenkontrollbuch	92, 238
– rechtswidrig, begünstigender Verwaltungsakt	92, 209		– Telefax	92, 238
Berufsverbot			– doppelte –	92, 238
– Berufshaftpflichtversicherung			– Fristüberwachung durch RA	
– Schuldnerverzeichnis	92, 135		– bei Aktenvorlage	92, 238
– d. StB	92, 130, 131, 132		– Fristversäumnis, unverschuldete – = Beförderung der Post durch Mitarbeiter	92, 238, 276
Berufungsschrift			– zuverlässiger Mitarbeiter	92, 269
– für wen und gegen wen	92, 269		– Post in falschem Briefkasten	92, 238
Betrug			– d. rechtskundigen Mandanten	92, 259
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		– Posteingang	92, 249
Beweislast			– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	92, 239
– unterlassene Aufklärung/Belehrung			– Telefax	
– Beweisvermutung	92, 58		– Funktionsfähigkeit	92, 41
– f. Mandatsumfang	92, 2		– des Mandanten, dann Telebrief	92, 238
Bilanzerstellung			– Überwachung durch Mandanten	92, 59
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10		Verdeckte Gewinnausschüttung	
– Dritthaftung	92, 8		– Wettbewerbsverbot	
– Testat	92, 8		– Übergangsregelung	92, 109
Buchführungsauftrag			GmbH	
– verspätete Erstellung	92, 95		– eigenkapitalersetzendes Darlehen	92, 144
			– Durchgriffshaftung	92, 145
			– Jahresabschluß, Handelsregister	92, 108
			– Löschung im HR	92, 108

Grundaufzeichnungen			
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195		
 Grunderwerbsteuer			
– Erwerb von Gesellschaftsanteilen	92, 208		
Grundurteil			
– Schadenentstehung	92, 330		
Haftungsbescheid			
– Anhörung d. Berufskammer	92, 276		
Herstellungskosten			
– Gestaltungsfehler, Darlegungslast	92, 285		
Honoraranspruch d. StB			
– Änderung der Rechnung	92, 91		
– Besprechungsgebühr, § 42 StBGebV	92, 301		
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV			
= Gebührenvorschriften	92, 95, 101		
= Gegenstandswert	92, 95, 101		
= Klagbarkeit	92, 101		
= Zeitgebühr	92, 101		
– Fälligkeit, § 7 StBGebV			
= Betriebsprüfung	92, 44		
– Fehlerprüfung			
= Geschäftsgebühr/Gutachtergebühr?	92, 299		
– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV			
= Mittelgebühr	92, 89		
– Geschäftsgebühr, §§ 40, 41 StBGebV			
= Fehlerprüfung	92, 299		
– nach Kündigung, § 627 BGB	92, 160		
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	92, 157		
– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	92, 294		
– Schriftform	92, 157		
– Verjährungsbeginn			
= verzögerte Rechnung	92, 282		
– Zahlung e. Teilbetrages	92, 95		
Honoraranspruch d. WP			
– StBGebV	92, 89		
Honorarrückzahlung			
– unerlaubte Rechtsberatung	92, 209		
Kapitalanlagebetrug			
– Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85		
Kaufvertrag			
– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181		
Kausalität			
– Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28		
– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181		
Klageerhebung			
– Unterschrift	92, 269		
Konkurs d. StB	92, 276		
Konkursverwalter Haftung d. –			
– Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25		
– Interessenkollision	92, 25		
– Steuerhaftung	92, 25		
Lohnbuchhaltung			
– fehlerhafte Meldung d. Krankenkasse	92, 202		
= Erstattungsanspruch d. KK, § 50 Abs. 1 SGB X	92, 202		
Lohnsteuererstattung			
– Finanzierung d. Kreditinstitute			
= Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfevereins	92, 28		
Lohnsteuerhilfeverein			
– Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung d. Lohnsteuer	92, 28		
Mahnbescheid			
– fehlerhafter –	92, 262		
– Verzögerungen, Rückwirkung, § 693 Abs. 2 ZPO	92, 262		
Maklervertrag			
– Beratungsfehler, Finanzierung	92, 208		
Mitverschulden			
– Fristenkontrolle	92, 259		
– Fristüberwachung	92, 59		
– Grundaufzeichnungen	92, 195		
– richtige Informationen an StB	92, 22		
= durch Dritte	92, 58		
– Mandatsentzug	92, 250		
– Spekulation	92, 310		
– Steuererklärung	92, 59		
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195		
Niederlassungsfreiheit			
– gegenseitige Anerkennung	92, 114		
Notar			
– Belehrungspflichten			
= Ausschuß der Gewährleistung	92, 229		
– Ehevertrag			
= Unparteilichkeit	92, 121		
– Scheingeschäft	92, 229		
– Unparteilichkeit			
= Sozietät	92, 121		
– Vermögensvormund			
= Mündelgrundstück	92, 136		
– Wirtschaftsprüfer-Bestellung	92, 144		
Parteiverrat, § 356 StGB			
– Scheidungsverfahren	92, 127		
Praxisveräußerung			
– Gegenstand d. –	92, 89		
– Haftung f. Altberater	82, 89		
Prospekthaftung			
– b. Bauherrenmodell			
= Hamburger Modell	92, 29		
– d. Gutachters	92, 3		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
– Schaden			
= Befreiung v. Vertrag	92, 29		
– Verjährung			
= § 68 StBerG	92, 29		
Prozeßvollmacht			
– Bewilligung d. Nießbrauchslöschung	92, 242		
– Vergleich	92, 242		
Rechtsanwalt			
– Niederlassungsfreiheit			
– Wahrheitspflicht			
= d. Strafverteidigers	92, 128		
– Zulassung			
= Verbandstätigkeit	92, 88		
= AG-Vorstand			
– Zweitbüro			
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung			
– Abwicklung des nichtigen RberVertrages	92, 209		
– Erschließungsbeiträge	92, 28		
– Honorarrückzahlung	92, 209		
– Steuerberater			
= Erschließungsbeiträge	92, 28		
– Umwandlung, Vertragsentwurf	92, 209		
– d. Wohnungsverwalters (WEG)	92, 88		
– Versicherungsberatung	92, 302		
Rechtsmittelauftrag			
– ohne Auftragsbestätigung	92, 76		
Rechtswahlklausel			
– Prospekthaftung	92, 25		
Schaden			
– negatives Interesse	92, 208		
= Zinsverlust	92, 228		
– Kapitalanlage			
= Rückabwicklung	92, 29		
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	92, 198		

Schuldnerverzeichnis		
– d. StB	92, 135	
Schutzgesetz i. S. § 823 Abs. II BGB		
– § 5 StBG	92, 292	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
– d. Gesellschaftler-Geschäftsführers	92, 145	
– Jahresabschluß	92, 19	
– Vermögenslage	92, 145	
– vorsätzliche sittenwidrige –		
= Grundstücksbewertung	92, 191	
Sozietät		
– Anwaltsnotar		
= Unparteilichkeit d. Notars	92, 121	
Standesrecht		
– Berufshaftpflichtversicherungsschutz	92, 134	
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132	
Steuerberatungsgesetz		
– § 4, Zf. 5		
= Unternehmensberater, Gutachten	92, 276	
= unmittelbarer Zusammenhang	92, 28	
– § 5		
= Schutzgesetz i. S. § 823, II BGB	92, 294	
= Steuerberechnung, Wirtschafts-		
beratungsfirma	92, 28	
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen		
= Rechenzentrum	92, 2	
= unerlaubte –	92, 294	
= umfassendes Mandat, ausl. Ges.	92, 276	
– § 46 Abs. 2 Nr. 5		
= Konkurs d. StB	92, 276	
– § 57		
= Geschäftsführer	92, 310	
= Werbeverbot, Anwaltssuchservice	92, 25	
Steuerberatungsvertrag		
– Ehegatten		
= Taschengeldparagraph, § 1357 BGB	92, 167	
– Kündigung, § 627 BGB		
= lfd. Einspruchsverfahren	92, 155	
= Resthonorar	92, 160	
– Nichtigkeit, § 134 BGB		
= unerlaubte Steuerberatung	92, 294	
Steuererklärung		
– Informationen d. Mandanten	92, 22	
= fristgerechte –	92, 59	
– Steuerbefreiungstatbestand	92, 22	
Steuergestaltungsberatung		
– anschaffungsnäher Erhaltungsaufwand	92, 284	
Unterbrechung d. Verjährung		
– Mahnbescheid	92, 278	
– Mandatsumfang	92, 2	
– Wirtschaftsberatung	92, 2	
Steuerhaftung		
– d. Konkursverwalters	92, 25	
Stiftungsgründung		
– Belehrung, Durchlaufspende	92, 175	
Strafvereitelung, § 258 StGB		
– d. Strafverteidigers	92, 128	
Strafzumessung		
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132	
Telefax		
– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	92, 41	
– vom Mandanten, Telebrief, Schriftform	92, 238	
Testat (s. Bestätigungsvermerk)		
– Beweiskraft	92, 8	
– Prüfungspflicht d. Bank	92, 114	
Treuhänder		
– Abtretung d. Einlageansprüche	92, 58	
– Aufklärungspflichten	92, 114	
= Erwerb d. Vertriebsmitarbeiter	92, 174	
– Haftungsbeschränkung		
= grobe Fahrlässigkeit	92, 2	
– Untreue, § 266 StGB	92, 58	
– Vermögensbetreuungspflicht	92, 58	
– Vollmacht, Umfang d. –	92, 114	
Unternehmensberater		
– Gutachten, Betriebsaufspaltung	92, 276	
Unterschrift		
– Klageschrift	92, 269	
Untreue, § 266 StGB		
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105	
– Treuhänder	92, 58	
– Vermögensvormund		
= Mündelgrundstück	92, 136	
Verhandlungsgehilfe, § 278 BGB		
– Makler	92, 181	
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		
– Belehrungspflicht ü. Fehler u.		
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	92, 209	
– Prospekthaftung	92, 29	
– Verjährungsbeginn		
= Außenprüfung, d. StB	92, 311	
Steuernachveranlagung	92, 278	
= Rechtsverfolgungskosten	92, 292	
= Wirtschaftsberatung	92, 311	
Verjährung, § 51 BRAO		
– Belehrungspflicht ü. Fehler		
u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		
= Anlaß zur Belehrung	92, 46	
= Regreßmandat an Kollegen	92, 71	
= Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	92, 71	
– Pflicht z. Verjährungsunterbrechung		
d. Streitverkündung/Stillhalteabkommen	92, 277	
– Verjährungsbeginn		
= Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO	92, 72	
Mandatsende, kein Schaden		
= künftiger Schaden	92, 320	
– Verjährungshemmung		
= Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG	92, 46	
Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5		
– Verjährungsbeginn		
= verzögerte Rechnung	92, 282	
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO		
– anderweitige Ersatzmöglichkeit	92, 208	
Vermittlerhaftung		
– Belehrungsinhalt	92, 174 92, 174	
Versäumnisurteil		
– Flucht in die Säumnis	92, 262	
Verschwiegenheit		
– gegenüber Miterben	92, 2	
Versicherungsberatung		
– unerlaubte Rechtsberatung	92, 302	
Versicherungsschutz		
– Berufshaftpflicht		
= Prämienzahlung	92, 134	
– Serienschaden		
= fehlerhafte Prospektprüfung	92, 80	
Verspätungseinwand, § 296, 528 ZPO		
– Fristsetzung d. Vorsitzenden	92, 247	
Vollmacht		
– d. Treuhänders, Umfang	92, 114	
Wahrheitspflicht		
– d. Strafverteidigers	92, 128	

Werbeverbot			
- Anwalts-Suchservice/Infodienst	92, 25	BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90	92, 58
- Beratungsverbund	92, 174	= WM 1991, 1812	
- f. Rechtsanwälte	92, 25	BGH v. 23. 9. 1991 – II ZR 198/90	93, 310
- Strafverteidiger	92, 85	= ZIP 1991, 1421	
- Werbung	92, 123	BGH v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90	92, 191
Wiedereinsetzung		BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89	92, 29
- Nachweis d. StB über Posteingang	92, 249	= BAUR 1991, 796	
Wirtschaftsberatung		BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90	92, 28,
- Mandatsumfang	92, 2	= NJW 1992, 240	58
Wirtschaftsprüfer		= MDR 1991, 1095	
- Abberufung	92, 310	= WM 1991, 1993	
Zinsschaden		BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91	92, 41
- fehlgeschlagene Kapitalanlage	92, 228	= WM 1991, 2080	
Zwangsversteigerung		= ZIP 1991, 1629	
- Terminnachricht an Mandanten	92, 330	BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91	92, 28
Zwischenvermietung		= NJW 1992, 436	
- Belehrungspflichten	92, 163	= WM 1992, 276	
- Gestaltungsmissbrauch	92, 163	BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90	92, 59
		= WM 1992, 62	
		= NJW 1992, 307	
		= DSr 1992, 410	
		= DB 1992, 523	
BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86	92, 208	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90	92, 85
BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88	92, 25	= ZIP 1991, 1597	
= BGH Z 106, 134		= NJW 1992, 241	
= NJW 1989, 303		BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 221/90	92, 88
= DB 1989, 525		BGH v. 7. 11. 1991 – III ZR 118/90	
= WM 1989, 114		= RPK U 1.148/92	92, 174
= ZIP 1989, 50		BGH v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90	92, 175
BGH v. 4. 10. 1988 – VI ZB 21/88	92, 238	BGH v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91	92, 71
= VersR 90, 165		BGH v. 26. 11. 1991 – XI ZB 10/91	92, 239
= MDR 1989, 55		= NJW 1992, 697	
= NJW-RR 1989, 127		= VersR 1992, 983	
BGH v. 19. 2. 1990 – AnwSt (RI) 11/89	92, 123	= MDR 1992, 304	
BGH v. 12. 6. 1990 – 5 StR 268 – 89	92, 136	BGH v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90	92, 228
BGH v. 17. 10. 1990 – IV ZR 197/89	92, 208	BGH v. 9. 12. 1991 – NotZ 26/90	92, 121
= WM 1991, 246		BGH v. 9. 12. 1991 – NotSt (BI) 1/91	92, 144
= VersR 1990, 1396		= NJW 1992, 1179	
= NJW RR 1991, 627		BGH v. 11. 12. 1991 – VIII ZB 38/91	92, 238
BGH v. 5. 12. 1990 – 3 StR 214/90	92, 130	BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	92, 229
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89	92, 25	BGH v. 19. 12. 1991 – VII ZR 155/91	92, 238
= BGH Z 113, 262		BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91	92, 259
= WM 1991, 420		= NJW 1992, 820	
= WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann)		= WM 1992, 739	
= NJW 1991, 982		= VersR 1992, 447	
BGH v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90	92, 229	= BB 1992, 392	
BGH v. 13. 2. 1991 – III StR 13/91	92, 127	= DB 1992, 887	
BGH v. 25. 3. 1991 – AnwZ (BI) 2/91		BGH v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91	92, 115
= BRAK-Mitt. 1991, 226	92, 88	= NJW 1992, 1159	
BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90		= WM 1992, 742	
= RPKU 1.124/91	92, 58	BGH v. 13. 2. 1992 – IX ZR 105/91	92, 249
BGH v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89	92, 181	BGH v. 24. 2. 1992 – II ZR 89/91	92, 310
BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (BI) 4/91		= RPK U 1.172/92	
= BRAK-Mitt. 1991, 224	92, 88	BGH v. 17. 3. 1992 – XI ZR 204/91	92, 174
BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90		= WM 1992, 770	
= RPK U 1.077/91	92, 58	BGH v. 20. 3. 1992 – V ZB 7/92	92, 144
BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44, 131	BGH v. 20. 3. 1992 – VI ZR 7/91	92, 242
BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90	92, 76	BGH v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91	92, 209
BGH v. 27. 6. 1991 – IX ZR 222/90	92, 246	BGH v. 13. 5. 1992 – VII ZB 3/92	92, 238
BGH v. 1. 7. 1991 – II ZR 180/90	92, 145	BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91	92, 311
= WM 1991, 1548		BGH v. 3. 7. 1992 – V ZB 11/92	92, 276
= DSr 1991, 1429		BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 50/91	92, 320
= VersR 1991, 1247			
= ZIP 1991, 1140			

BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 208/91	92, 277	OVG Nordrhein-Westfalen v. 27. 6. 1991 – 3 B 1858/90 rkr. = StB 1991, 402	92, 28
BFH v. 23. 1. 1991 – II B 69/89 = RPKU 1.056/91	92, 208		
BFH v. 14. 8. 1991 – I B 240/90 = NJW 1992, 1191	92, 144	KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 U 5932/90 = RPK U 1.070/91	92, 88
BFH v. 12. 11. 1991 – 7 R 81/90 = Stgb 1992, 153	92, 276		
BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25	LAG Hamm, v. 16. 6. 1988 – 8 Sa 1695/87 = NJW 1988, 3286	92, 238
OLG Celle v. 7. 11. 1991 – 13 U 79/91 = StB 1992, 174	92, 174	LG Arnberg v. 20. 6. 1991 – 9 T 2/91	92, 108
OLG Celle v. 19. 2. 1992 – 3 U 92/91	92, 330	LG Bielefeld v. 12. 2. 1992 – 16 O 271/91 = Stbg 1992, 254	92, 238
OLG Düsseldorf v. 10. 8. 1988 – StO 1/88	92, 132	LG Düsseldorf v. 25. 10. 1991 – 20 S 47/91	92, 203
OLG Düsseldorf v. 11. 10. 1990 – 18 U 62/90 rkr.	92, 101	LG Frankfurt v. 3. 2. 1992 – 2/21 O 352/91 = RPK U 1.68/92	92, 310
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 109/90 rkr.	92, 89	LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90 = RPK U 1.065/91	92, 25
OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 100/90	92, 96	LG Hannover v. 24. 1. 1991 – 19 O 414/90 = StBK Köln – MBI 1991, 8	92, 55
OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 126/90 rkr.	92, 91	LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22
OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1990 – I WS 1096/90	92, 128	LG München I v. 23. 4. 1991 – 8 O 20696/90	92, 114
OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90	92, 195	LG München v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.	92, 85
OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 13 U 2/91	92, 157	LG Nürnberg-Fürth v. 12. 7. 1991 – 4 HK 02898/91 rkr.	92, 302
OLG Düsseldorf v. 11. 4. 1991 – 13 U 10/91	92, 160	LG Stuttgart v. 3. 4. 1991 – 14 Stl. 10/90 = StB 1992, 214	92, 310
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 3/91	92, 167		
OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1991 – 13 U 16/91	92, 163	GH Hessen v. 28. 2. 1991 – 1 EGH 2/90 = EWiR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	92, 25
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 25/92	92, 155		
OLG Düsseldorf v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91	92, 198	BdF Schreiben v. 4. 2. 1992 – IV B 7 – S 2742 – 6/92	92, 109
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1991 – 13 U 100/91	92, 45		
OLG Düsseldorf v. 2. 4. 1992 – 13 U 170/91	92, 299	AG Hamburg v. 23. 9. 1992 – II ZR 189/90 = ZIP 1991, 1427	92, 310
OLG Düsseldorf v. 2. 4. 1992 – 18 U 54/89 – rkr.	92, 278	AG Hannover v. 27. 8. 1991 – 506 C 4532/91 = RPK U 1.145/92	92, 114
OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 18 U 248/91	92, 324	AG Königswinter v. 4. 3. 1992 – 3 C 390/91	92, 292
OLG Düsseldorf v. 9. 7. 1992 – 13 U 255/91	92, 282		
OLG Frankfurt v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 rkr.	92, 28, 276	EuGH v. 7. 5. 1991 – Rs. C-340/89 = RiW 1991, 946	92, 114
= BB 1991, 1962 = DSiR 1991, 1201 = S + B 1991, 366 = EWiR § 5 StBerG 1/91, 1125 (Chemnitz)			
OLG Hamburg v. 4. 10. 1990 – 3 U 87/90 = StB 1991, 400	92, 28	Bayr. Verwaltungsgericht München v. 21. 3. 1991 – M 10 S 91.644 – rkr. = StB 1991, 361	92, 276
OLG Hamburg v. 12. 4. 1991 – 14 U 126/90	92, 262		
OLG Hamm v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88	92, 77		
OLG Hamm v. 8. 1. 1992 – 25 U 45/91	92, 333		
OLG Karlsruhe v. 20. 12. 1990 – 2 Ws 265/89	92, 105		
OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90	92, 3		
OLG Karlsruhe v. 16. 10. 1991 – 1 U 5/91	92, 47		
OLG Koblenz v. 30. 10. 1990 – 3 U 1293/89	92, 294		
OLG Köln v. 9. 3. 1989 – 5 U 111/88	92, 53		
OLG Köln v. 23. 1. 1991 – 2 U 56/90 n. rkr. = RPK U 1.075/91	92, 114		
OLG Köln v. 25. 5. 1992 – 12 U 230/91	92, 284		
OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	92, 8		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.